

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertvierunddreißigste öffentliche Sitzung

Nr. 134

Mittwoch, den 14. Dezember 1949

V. Band

	Seite
Geschäftliches	343, 365
Nachruf auf den verstorbenen Staatsminister a. D. Albert Rofshaupter	343—344
Berufung von Ersatzmitgliedern zum Bayerischen Senat gemäß § 15 Abs. 1 des Gesetzes über den Senat vom 31. Juli 1947 (GVBl. S. 162)	344
(Ohne Debatte.)	
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf einer Verordnung über die Landesvermessung; hier gutachtliche Stellungnahme bezüglich der Zuständigkeit der Staatsregierung zum Er- laß der Verordnung — Nr. 9603 — (Bei- lage 3162).	
Redner:	
Dr. Lacherbauer (CSU) [Berichterstatter]	344—345
Interpellation der Abgeordneten Bezdold Otto und Genossen, Guertl und Genossen, Bitom und Kiene betreffend Durchfüh- rung des Landtagsbeschlusses vom 30. No- vember 1949 bezüglich der Erhöhung des steuerfreien Betrags für Weihnachtsgratifi- kationen auf 300 DM (Beilage 3182).	
Redner:	
Weidner (SPD)	346
Staatssekretär Dr. Müller	346
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordne- ten Dr. Winkler und Genossen betreffend Staatsbürgschaften für Flüchtlingsproduktiv- kredite (Beilage 3177).	
Redner:	
Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]	346
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staats- ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1949 — Einzelplan VIII (Beilage 3097) — Fort- setzung der Beratung.	
Redner:	
Bachmann (CSU)	347—351
Maag (SPD)	351—356
Hirschenauer (CSU)	356
Weinzierl Alois (CSU)	356—358
Behring (CSU)	358—362
Witzlinger (CSU)	362—363
Scharf (SPD)	363—365

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die Sitzung wird um 9 Uhr 20 Minuten durch den II. Vizepräsidenten Rübler eröffnet.

II. Vizepräsident: Die 134. Sitzung des Bayerischen Landtags ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungs-
gesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die
Abgeordneten Albert, Dr. Baumgartner, Berger Ru-
pert, Brunner, Centmayer, Hagen Georg, Haußleiter,
Dr. Horlacher, Huber Sebastian, Kaiser, Lowig, Meiß-
ner, Miehl, Dr. Müller, Pabstmann, Dr. Pfeiffer,
Piechl, Riß, Sauer, Schmid Karl.

Meine Damen und Herren! Eine tiefe Tragik legt
mir die Pflicht auf, heute schon wieder des Ablebens
eines Mannes zu gedenken, der als ein wahrer
Sohn des bayerischen Volkes seit langen Jahrzehnten
mit Hingabe in der Öffentlichkeit und besonders in
Regierung und Landtag für das Wohl von Volk und
Land gewirkt hat.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.)

Der frühere Staatsminister für Arbeit und soziale
Fürsorge, das ehemalige Mitglied des Parlamentari-
schen Rats, Albert Rofshaupter, ist heute nacht nach
schwerem Leiden aus einem Leben rastloser Arbeit für
das Volksganze geschieden.

Der Name Rofshaupter verkörpert ein soziales und
politisches Programm, wie jeder weiß, der das Glück
hatte, im Bayerischen Landtag oder auch in der Re-
gierung mit diesem Manne zusammenzuarbeiten. Am
3. April 1878 zu Pöllnach im Kreise Regensburg als
Sohn kleiner Landwirtsleute geboren, wurde er 1907
als Arbeiter einer Münchener Eisenbahnwerkstätte in
den Bayerischen Landtag gewählt, dem er in den
Reihen der sozialdemokratischen Fraktion angehörte.
Alte Parlamentarier dürften sich heute noch des Auf-
sehens erinnern, das das erste rednerische Auftreten
dieses neuen Abgeordneten gemacht hat; bediente er sich
doch einer Sprache von solch kultivierter Ausfeilung,
Ausdruckschönheit und Ästhetik, wie man das einem
einfachen Arbeiter wohl niemals zugetraut hätte. Zwei
Jahre später wurde Rofshaupter zum Geschäftsführer
der Gewerkschaft des Süddeutschen Eisenbahn- und
Postpersonals gewählt, und 1913 übernahm er, berufen
wie nur sonst einer, die politische Redaktion der
„Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg. Nach dem
politischen Wandel des Jahres 1918 wurde er zum
Minister für militärische Angelegenheiten bestimmt und
leitete in dieser Funktion die Demobilisierung der
bayerischen Armee. Später widmete er sich wieder fast
ausschließlich seiner Abgeordnetentätigkeit und trat da-

(II. Vizepräsident)

bei sowohl in sozialen wie in finanzpolitischen, beamtenrechtlichen und verfassungspolitischen Angelegenheiten stets in der ersten Reihe seiner Fraktion immer und immer wieder als führende politische Persönlichkeit, als unermüdlicher parlamentarischer Arbeiter und als ein Mann großer praktischer Erfahrung hervor, dessen Rat und Urteil von allen Parteien gleichermaßen geschätzt und anerkannt wurden. Es bedarf keiner Betonung, daß der nationalsozialistische Verfolgungswahn auch an einem so aufrechten demokratischen Kämpfer wie Kofshaupter nicht vorübergegangen ist, der schon 1933 in das Kz Dachau geschleppt, nach dem 20. Juni 1944 wieder festgenommen und abermals in das Konzentrationslager Dachau verbracht wurde.

Nach Kriegsende im Jahre 1945 wurde Albert Kofshaupter von der Besatzungsmacht als erster Vertreter der SPD in die neue bayerische Regierung berufen und er hat unter geradezu unglaublichen Schwierigkeiten, mit einem Hausmeister, einem Heizer und vier Putzfrauen anfangend, das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge wieder aufgebaut, dem ja gerade nach dem Zusammenbruch eine ungeheure Fülle brennendster Aufgaben gestellt war. Man braucht nur an die Wiederaufrichtung der Sozialversicherung, an die Kriegsbeschädigtenfrage, an den umfangreichen Sektor des gesamten Wiederaufbaus, an die soziale Jugendbetreuung und vieles andere zu denken, um sich einen wenigstens kleinen Begriff von der Arbeitslast und Verantwortung zu machen, die gerade auf den Schultern Albert Kofshaupters ruhte.

Mit vollem Recht wurde im April des vergangenen Jahres bei seinem 70. Geburtstag auf diese außerordentlichen Verdienste des nun Verstorbenen hingewiesen und er als ein Mann hingebender Pflichterfüllung und ein Stück der bayerischen Geschichte bezeichnet.

Und nun ist, nachdem Albert Kofshaupter seinerzeit in den Parlamentarischen Rat gewählt worden war, um am Ende seines Lebens auch noch in diesem größeren Rahmen dem Vaterland zu dienen, nach einem schweren Leiden dieses für unser Volk so wertvolle Leben erloschen. In tiefer Ergriffenheit gedenken wir, die wir so vielfach mit dem Leben und Wirken dieses alten Kämpfers für die demokratische und soziale Freiheit verbunden waren, des nun Verewigten, der um seiner Persönlichkeit und um seines Werkes willen nicht vergessen, sondern als einer der Besten in die Geschichte der letzten Jahrzehnte unseres Volkes eingehen wird.

Sie, meine Damen und Herren, haben sich zum Zeichen Ihrer Trauer von den Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Wir treten nun in die Beratung der Ihnen vorliegenden Tagesordnung ein.

Berufung von Ersatzmitgliedern zum Bayerischen Senat gemäß § 15 Abs. 1 des Gesetzes über den Senat vom 31. Juli 1947 (GWB. Seite 162).

Auf Grund der einschlägigen Bestimmungen der Bayerischen Verfassung und des Gesetzes über den Senat sind von den vor zwei Jahren gewählten 60 Senatoren jetzt durch Los 20 ausgeschieden, davon sechs der seinerzeit vom Landtag gewählten Senatoren, nämlich zwei Vertreter des Handels und der Industrie, zwei Vertreter des Handwerks und zwei Vertreter der freien Berufe.

Nach Mitteilung des Staatsministeriums des Innern vom 7. Dezember 1949 sind nunmehr auch die Industrie- und Handelskammern auf demokratischer Grundlage organisiert, so daß die ausgeschiedenen zwei Vertreter nicht mehr vom Landtag zu berufen sind. Für eine Mitwirkung des Landtags bei der Berufung der Senatoren kommen also nur noch die zwei Vertreter des Handwerks und die zwei Vertreter der freien Berufe in Betracht.

Seitens des Handwerks werden die bisherigen zwei Senatoren Anton Hockelmann aus Augsburg-Lechhausen und Josef Grammig aus Kleinstheim wieder vorgeschlagen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die diesem Vorschlag des Handwerks zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle fest, daß der Vorschlag der Handwerkerorganisationen die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Von den ausgeschiedenen zwei Vertretern der freien Berufe wird seitens der Landesärztekammer der bisherige Senator Dr. Karl Weiler in München wieder in Vorschlag gebracht. Für den bisherigen Senator Georg Lorenz macht der Verband der Berufsjournalisten den Leiter des städtischen Nachrichtendienstes in München und 1. Vorsitzenden des Verbandes der Berufsjournalisten in Bayern, Josef Ackermann, namhaft.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die der Berufung der Herren Dr. Weiler und Ackermann zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle fest, daß auch diese beiden Vorschläge die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf einer Verordnung über die Landesvermessung; hier gutachtliche Stellungnahme bezüglich der Zuständigkeit der Staatsregierung zum Erlaß der Verordnung (Beilage 3162).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Lacherbauer (CSU) [Berichtersteller]: Meine Damen und Herren! Mit Schreiben vom 15. Juni 1949 hat der Herr Finanzminister den Entwurf einer Verordnung über die Landesvermessung den Mitgliedern der Staatsregierung, der Bayerischen Staatskanzlei, den sämtlichen Staatsministerien und auch dem Landtag zur Kenntnismahme zugeleitet. Dieser Entwurf, der 13 Paragraphen umfaßt, bestimmt unter anderem in § 1:

Die Angelegenheiten der Landesvermessung werden unter der obersten Aufsicht des Staatsministeriums der Finanzen vom Bayerischen Landesvermessungsamt verwaltet. Die Hauptvermessungsabteilung XIII wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst; ihre Bestandteile werden in das Landesvermessungsamt eingegliedert.

Er bestimmt weiter in § 2 Ziffer 1:

Das Landesvermessungsamt ist die dem Staatsministerium der Finanzen unmittelbar nachgeordnete zentrale Behörde für den Bereich des gesamten Landesvermessungswesens.

(Dr. Lacherbauer [CSU]):

Im übrigen sollte gemäß § 13 mit dem Inkrafttreten der Verordnung die Verordnung vom 4. Dezember 1937 in der Fassung der Verordnung vom 24. Oktober 1939, die denselben Gegenstand regelte, aufgehoben werden.

Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich in seiner Sitzung vom 21. September 1949 mit der Vorlage beschäftigt. Die beiden Berichterstatter brachten zum Ausdruck, daß die Regelung der Materie, die in der Regierungsverordnung erfolgen sollte, gemäß Art. 77 Abs. 1 Satz 1 der Bayerischen Verfassung dem Gesetzgeber vorbehalten sei, zum mindesten teilweise, soweit nämlich die Organisation der allgemeinen Staatsverwaltung in Frage komme. Die Beschlußfassung wurde indes noch ausgesetzt, weil der Herr Mithberichtersteller noch keine Gelegenheit gehabt hatte, die Vorlage im einzelnen zu studieren.

Die Verordnung war jedoch bereits in Nr. 18 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom 30. Juli 1949 verkündet worden, und in einer Sitzung am 7. November 1949 brachte der Mithberichtersteller zum Ausdruck, daß es eigenartig berühre, eine Verordnung, die dem Landtag zugeleitet worden war, zu verkünden, bevor der Landtag zu ihr Stellung genommen habe.

Der Vorsitzende führte aus, der Landtag müßte an sich einen Verfassungskstreit erheben; Rechte des Landtags dürften unter keinen Umständen preisgegeben werden. Wenn ein Zweifelsfall wie hier gegeben sei, müsse der Landtag vorher gehört werden. Bei der gegebenen neuen Sachlage — erst in der Sitzung vom 7. November 1949 ist bekannt geworden, daß die Verordnung bereits im Juli verkündet worden war — erübrige sich eine gutachtliche Stellungnahme. Der Landtag werde sich aber überlegen müssen, welche verfassungsrechtlichen Behelfe er ergreifen wolle. Er empfahl, daß sich zunächst Juristen des Ausschusses mit der grundsätzlichen Rechtsfrage befassen und dann ihre Vorschläge dem Ausschuß unterbreiten sollten.

Die Sitzung des Unterausschusses fand am 16. November 1949 statt.

Der Berichterstatter brachte zum Ausdruck, daß gegen den Inhalt der Verordnung keine Einwendungen erhoben würden. Die Einwendungen richteten sich nur dagegen, daß die Staatsregierung eine Organisationsgewalt in Anspruch genommen habe, die dem Landtag zukomme. In Verfolgung dieser Gedankengänge verwies der Mithberichtersteller vor allem darauf, daß die Organisation der allgemeinen Staatsverwaltung durch Gesetze erfolge, während die Einrichtung von Behörden im einzelnen der Staatsregierung zukomme.

Der Unterausschuß kam schließlich zu der Auffassung, daß mit dem Erlaß der Verordnung vom 20. Juli 1949 in die Organisationsgewalt des Landtags eingegriffen worden sei, und schlug dem Ausschuß vor, jene Elemente der Verordnung vom 20. Juli 1949, die der Organisationsgewalt des Landtags unterliegen — in Frage kommen die Bestimmungen der §§ 1, 2 Ziffer 1 und § 13 —, im Gesetzeswege regeln zu lassen.

In der Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen vom 6. Dezember 1949 wurde die Rechts- und Sachlage mit dem Vertreter

der Staatsregierung, Herrn Ministerialdirektor Dr. Ringelmann, nochmals eingehend erörtert. Eine Übereinstimmung der Auffassungen konnte jedoch nicht erzielt werden.

Ministerialdirektor Dr. Ringelmann brachte unter ausführlicher Darlegung auch der historischen Entwicklung die Auffassung der Staatsregierung zum Ausdruck, daß die Verordnung vom 20. Juli 1949 nur die Einrichtung einer bereits bestehenden Behörde im einzelnen betreffe, wozu die Staatsregierung auf Grund des Art. 77 Abs. 1 Satz 2 ermächtigt sei. Das Innenministerium, das ursprünglich die Ansicht vertreten habe, daß die Materie im Gesetzeswege geregelt werden müßte, habe seine Bedenken fallen gelassen. Außerdem handle es sich bei der Landesvermessung um eine Sonderverwaltung, die nicht unter Art. 77 der Verfassung falle. Er erkannte im übrigen das Recht des Landtags an, Verordnungen der Staatsregierung zu beanstanden und auf ihren verfassungsmäßigen Inhalt zu prüfen. Komme der Landtag zu dem Ergebnis, daß die Staatsregierung über ihre Zuständigkeit hinausgegangen sei und in die Rechte des Landtags eingegriffen habe, so könne der Landtag einen Beschluß fassen, der die Staatsregierung auffordere, ihren Standpunkt zu revidieren; es sei dann Aufgabe der Staatsregierung, zu prüfen, ob und inwieweit sie ihre Verordnungen preisgebe und den Weg der Gesetzgebung beschreite oder ob sie an ihrem Standpunkt festhalte. Im letzteren Falle liege dann ein Verfassungskonflikt vor, zu dessen Austrag der Verfassungsgerichtshof zuständig sei. Richtig sei, daß er selbst ursprünglich die Auffassung vertreten habe, der strittige Gegenstand könne nicht durch Verordnung, sondern nur durch Gesetz geregelt werden. Er habe sich aber auf Grund eingehender Prüfung überzeugt, daß hiefür eine Verordnung ausreiche.

Entgegen dieser Ansicht verharrete der Ausschuß auf seiner Auffassung, daß die Bestimmungen des § 1, des § 2 Ziffer 1 und des § 13 der Verordnung vom 20. Juli 1949 Normen seien, welche die Organisation der allgemeinen Staatsverwaltung regeln, zu deren Erlaß gemäß Art. 77 Abs. 1 Satz 1 der Gesetzgeber ausschließlich zuständig sei. Bei zwei Stimmenthaltungen schloß sich der Ausschuß dem Antrag des Berichterstatters an. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag schlägt der Staatsregierung vor, die Elemente der Verordnung vom 20. Juli 1949, soweit sie der Organisationsgewalt des Landtags unterliegen — in Frage kommen §§ 1, 2 Ziffer 1 und § 13 — im Gesetzeswege regeln zu lassen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, dem Vorschlag des Ausschusses Ihre Zustimmung zu erteilen.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Ausschuß schlägt dem Hause die Annahme des Antrags in dem soeben verlesenen Wortlaut vor. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle fest, daß das Haus so beschlossen hat.

Wir kommen zum zweiten Punkt der heutigen Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Bezdold Otto und Genossen, Euerl und Genossen, Bitom und Kiene betreffend Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 30. November 1949 (Beilage 3189).

(II. Vizepräsident)

Ich frage, ob einer der Interpellanten die Interpellation verlesen will. — Abgeordneter Weidner hat das Wort.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Die Interpellation lautet wie folgt:

Hat die Bayerische Staatsregierung ihren Vertreter im Bundesrat angewiesen, nach dem Beschluß des Bayerischen Landtags vom 30. November 1949, wonach DM 300.— der Weihnachtsgratifikation steuerfrei sind, seine Stimme abzugeben?

II. Vizepräsident: Ich frage die Staatsregierung, ob und wann sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten. — Herr Staatssekretär Dr. Müller ist bereit, die Interpellation zu beantworten.

Herr Abgeordneter Weidner hat zur Begründung der Interpellation das Wort.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Die Dinge liegen wie folgt: Der Bayerische Landtag hat, wie Sie wissen, in seiner Sitzung vom 30. November 1949 die Erhöhung des steuerfreien Betrags für Weihnachtsgratifikationen auf 300 Mark beschlossen. Einen gleichen Beschluß hat der Bundestag einstimmig gefaßt. Der Finanzminister des Bundes aber hatte Bedenken, denen sich die Bundesregierung angeschlossen. Sie hat den Bundesrat um Stellungnahme ersucht. Diese Stellungnahme ist aber tatsächlich bis heute nicht erfolgt, weil ausgerechnet der Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen gegen die Aufnahme dieses außerordentlichen Punktes in die Tagesordnung der letzten Sitzung des Bundesrats Einspruch erhob.

Ich will keine parteipolitische Pikanterie aus der Sache herauslesen; ich nehme an, daß der Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen gute Gründe für sein Verhalten hatte, die wir aber nicht verstehen. Tatsächlich ist die Frage heute offen, obwohl der Bundestag und im übrigen auch der Bayerische Landtag beschlossen haben, die Weihnachtsgratifikationen bis zu 300 DM steuerfrei zu lassen. Die Industrie, die Wirtschaft, die Unternehmungen wissen bis heute nicht, was sie tun sollen. Ebenso stehen die Lohn- und Gehaltsempfänger heute vor der Tatsache, daß sie nicht endgültig wissen, womit sie zu rechnen haben.

II. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Müller.

Staatssekretär Dr. Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerrat hat die Vertreter Bayerns im Bundesrat nicht anweisen können, im Sinne einer Erhöhung des steuerfreien Betrages für Weihnachtsgratifikationen zu stimmen, weil die Angelegenheit in der Bundesratsitzung vom 9. Dezember 1949 nicht auf der Tagesordnung stand. Am Schlusse dieser Sitzung beantragte der Herr Bundesfinanzminister, die Angelegenheit noch auf die Tagesordnung zu setzen. Gegen diesen Antrag wurde von seiten des Vertreters von Nordrhein-Westfalen, des Herrn Arbeitsministers Dr. Raibfell, wie mein Herr Vorredner eben auch ausführte, Widerspruch eingelegt. Infolgedessen konnte nach der Geschäftsordnung die Angelegenheit im Bundesrat nicht behandelt werden.

Die Sach- und Rechtslage ist heute so, daß entsprechend den Richtlinien zum Einkommensteuergesetz die Weihnachtsgratifikation nur bis zum Betrage von 100 DM steuerfrei ist.

(Zietsch: Ich bitte ums Wort.)

II. Vizepräsident: Wenn vom Haus eine Aussprache gewünscht wird, muß ein solcher Antrag von 25 Abgeordneten unterstützt sein. Ich frage das Haus, ob eine Aussprache gewünscht wird.

(Zietsch: Nein, das ist nicht nötig, denn ich wollte bloß etwas fragen!)

Eine Aussprache wird also nicht gewünscht.

(Dr. Hoegner: Es stehen keine 25 Abgeordneten auf, damit ist die Sache erledigt. — Zuruf: Das ist das Gesetz der Trägheit.)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Dr. Winkler und Genossen betreffend Staatsbürgschaften für Flüchtlingsproduktivkredite (Beilage 3177).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Winkler; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Winkler (CSU) [Berichtersteller]: Damen und Herren dieses hohen Hauses! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat diese Angelegenheit in seiner 130. Sitzung am 8. Dezember beraten.

Der Vorsitzende gab zunächst den Antrag Dr. Winkler und Fraktion bekannt:

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Staatsregierung, ein neues Gesetz über die Erweiterung der Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates vorzulegen, wonach die Ermächtigung des Herrn Staatsministers der Finanzen für die Übernahme von Staatsbürgschaften bei staatsverbürgten Flüchtlingsproduktivkrediten von 60 auf 90 Millionen Mark erhöht werden soll.

Es wird deshalb folgender Antrag gestellt: Um einen Stillstand im Bewilligungsverfahren zu vermeiden, wird die Staatsregierung ermächtigt, Staatsbürgschaften für staatsverbürgte Flüchtlingsproduktivkredite bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes in Höhe von 10 Millionen DM zu übernehmen.

Die beiden Berichterstatter beantragten Zustimmung zu diesem Antrag, weil es sich hier nur um einen Vorgriff auf einen demnächst von der Staatsregierung vorzulegenden Gesetzentwurf handle und weil die Wirtschaft belebt werden müsse.

Nachdem Regierungsrat Sieber vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen eine Richtigstellung dahin vorgenommen hatte, daß das Vierte Gesetz zur Erweiterung der Sicherheitsleistungen und Bürgschaftsübernahmen durch den Finanzminister ausgearbeitet werde, es sich aber hier nur um einen Kredit von 25 statt 30 Millionen Mark handle, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Ich bitte das hohe Haus ebenfalls um Zustimmung.

II. Vizepräsident: Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Wenn das hohe Haus dem Antrag, wie er

(II. Vizepräsident)

auf Beilage 3177 vorliegt, zustimmt, bitte ich die Herren Abgeordneten, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich danke; es ist so beschlossen.

Wir treten in die Beratung des Restes der gestrigen Tagesordnung ein. Ich eröffne die Aussprache über den

Haushaltsplan des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

und erteile hierzu das Wort dem Herrn Abgeordneten Bachmann.

Bachmann (CSU): Meine verehrten Damen und Herren! In der Berichterstattung über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt haben wir gestern gehört, in welcher gründlicher und sorgfältiger Weise sich dieser Ausschuss mit den gesamten Problemen unserer Landwirtschaft beschäftigt hat, wie er die in der Auflösung befindliche Zwangswirtschaft durch entsprechende Beschlüsse in geordnete Entwicklungsbahnen zu lenken suchte und die dadurch frei werdenden Mittel weitgehend für Förderungsmaßnahmen unserer heimischen Landwirtschaft ansetzte. Aus der weit ausholenden Statrede des Herrn Staatsministers für Ernährung und Landwirtschaft konnten wir das gesamte, umfassende Arbeitsgebiet dieses Ministeriums überschauen. Wir wurden in die einzelnen Aufgaben hineingeführt und konnten uns überzeugen, daß nur durch Zusammenfassung aller Gebiete der gewünschte Erfolg sowohl für die gesamte Landwirtschaft als auch für die Verbraucherschaft unseres Volkes erzielt werden kann. Aus der Rede des Herrn Staatsministers konnten wir aber auch entnehmen, daß wir in diesem Jahre nicht weniger als 1,2 Milliarden Dollar für den Einfuhrbedarf unseres Volkes an Nahrungsmitteln aufzubringen hätten, wenn dieser Betrag nicht weitgehend aus den Mitteln des Marshall-Planes zur Verfügung stünde. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, durch Selbsthilfe und durch Staatshilfe alle Kräfte zu sammeln und zu stärken, um sie für die große und gewaltige Aufgabe zu rüsten, die nach dem Verliegen der Marshall-Plan-Mittel im Jahre 1952 vor uns allen steht. Mit Dank stelle ich fest, daß sowohl die Staatsregierung als auch der gesamte Landtag und alle Parteien in verständnisvoller Weise diese Aufgabenstellung sehen und suchen, alle Möglichkeiten nutzbar zu machen, um den kommenden Notwendigkeiten gerecht zu werden.

Da nun aber die Führung unserer Agrarpolitik zu den Aufgaben des Bundes gehört, bitten wir an dieser Stelle auch unsere Staatsregierung — als die Regierung des größten Agrarstaates im Bundesgebiet — in nachhaltigster Weise auf eine aktive Gestaltung der deutschen Agrarpolitik Einfluß zu nehmen. Eine gute Agrarpolitik hat als Aufgabe und Ziel, die Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft sicherzustellen. Wir Landwirte wollen keine hohen Preise. Unser Ziel ist gerade in der heutigen Zeit die Herstellung einer vernünftigen Relation zwischen unseren Einnahmen und unseren Betriebsausgaben, damit auch für uns am Ende der bescheidene und gerechte Lohn abfällt, mit dem sich heute der größte Teil unserer Volksgenossen begnügen muß. Bei der auf uns liegenden Steuerlast ist diese Wirtschaftlichkeit weithin leider nicht gegeben. Wenn der Herr Minister gestern für

den Erlös unserer Erzeugnisse eine Indexzahl von 157,9 genannt hat, so muß leider festgestellt werden, daß bei einem wesentlichen Teil der bäuerlichen Wirtschaftsausgaben diese Zahl weit überschritten wird. Ich verweise nur auf die Ausgaben für die verschiedenen Handwerkerrechnungen, für Maschinen, Kleider, Löhne und vor allen Dingen für soziale Ausgaben. Der Mangel an Betriebskapital macht sich bei einem Großteil unserer Landwirtschaft bereits in unerfreulicher Weise bemerkbar. Fast in jedem Dorf können wir feststellen, daß in diesem Jahre, im Gegensatz zum vergangenen Jahr, in dem sehr weitgehend die Kunstdüngeranwendung für die Ertragssteigerung durchgeführt wurde, viele Landwirte zögern, ihre Bestellungen an Kunstdünger in der gleichen Weise abzugeben, weil die notwendigen Betriebsmittel fehlen. Die Verhältnisse sind besonders dort ganz bedeutend erschwert, wo durch die Dürre, wie etwa in Franken oder in der Oberpfalz, eine große Futternot hinzugekommen ist. In diesen Gebieten ist es schwer, die derzeitigen Viehbestände durchzuhalten, weil keinesfalls die notwendige Leistungsfütterung angewendet werden kann, um aus der Viehhaltung, insbesondere aus der Milchviehhaltung, das herauszuholen, was wir im Interesse unserer Wirtschaftlichkeit, aber auch unseres ganzen Volkes so von Herzen wünschen müßten. Ich darf darauf verweisen, daß wir in Franken und auch in der Oberpfalz Landratsbezirke haben, in denen auch bei den Kartoffeln eine völlige Mißernte festzustellen war, so daß die Landwirtschaft des Landratsbezirktes heuer eine Mindereinnahme von rund 1 bis 1,5 Millionen DM zu verzeichnen hat. Dieser Einnahmeausfall kommt noch zu der Unmöglichkeit hinzu, Mast und Fütterung so rationell zu gestalten, wie es unsere gemeinsame Aufgabe sein sollte.

Ungeachtet dieser Sachlage ist auch bei der Beratung des Landwirtschaftsetats meine Bitte an die Staatsregierung, vor allem an den Herrn Finanzminister, angebracht, daß er und seine Außenstellen den einmütigen Beschluß des Landtags, solche Notfälle steuerlich zu berücksichtigen, unter allen Umständen durchzuführen. Das gilt nicht nur für die laufenden Steuern; denn auch bei der Soforthilfeabgabe treten da und dort Schwierigkeiten auf, da diese an sich aus der Vermögenssubstanz aufgebracht werden müßte. Meine sehr verehrten Zuhörer! Wenn aber der Weg der Kreditaufnahme versperrt ist, dann muß eben die notwendige Rücksichtnahme auf steuerlichem Gebiete erfolgen, damit die Wirtschaft nicht in weitere Gefahr gebracht wird. Wir vertrauen unserer Staatsregierung, daß sie die Dinge so abwickelt, daß Schlimmeres verhütet wird. Ich vertrete weder heute noch sonstwo die Interessen jener kleinen Schicht in der Landwirtschaft, die sowohl während des Krieges als auch in den letzten schweren Jahren ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllte. Aber ich setze mich mit allem Nachdruck für den weitaus größeren Teil unserer Berufsfreunde ein, die aus einem hohen Berufsethos heraus ihre Ablieferungspflichten gegenüber Staat, Volk und Vaterland erfüllten, und die dann von jenen anderen, den Schwarzgeschäftemachern, die ja meist gar nicht gefaßt und auch nicht bestraft wurden, als dumm verhöhnt und verlacht worden sind. Für diesen Teil unserer Landwirtschaft setze ich mich ein und ich weiß mich dabei eins mit allen Parteien dieses Hauses; denn es geht darum, gerade diese Berufsfreunde in

(Bachmann [CSU])

ihrer redlichen Arbeit zu fördern und zu schützen. Nur auf ihnen ruht auch in der Folgezeit die Sicherung unserer Ernährung, nicht auf jenen, die glauben, durch eine momentane Konjunktur oder gar durch Spekulation beziehungsweise andere Machenschaften für sich allein einen Vorteil herauswirtschaften zu können. Aus diesem Grund ist es notwendig, auch bei der heutigen Gelegenheit auf diese Dinge rückschauend kurz hinzuweisen.

Noch ein anderer Gesichtspunkt zwingt uns zu einer wirtschaftlichen Landwirtschaftspolitik. Wir alle beklagen die Landflucht. Wir bedauern, daß selbst die Kinder der Bauern oder kleiner Landwirte der bäuerlichen Heimat ade sagen. Nicht immer nur die Absicht, das bequemere Leben in einer auf Stunden zugeschnittenen Arbeitszeit und in einer entsprechenden Freizeit zu sehen, nicht die täuschende Halbbildung, die den Menschen den inneren Wert der landwirtschaftlichen Arbeit für unser ganzes Staatswesen nicht erkennen läßt, führen zur Landflucht, sondern auch die Tatsache, daß die im Elternhaus mitarbeitenden Kinder, nachdem sie 6, 8 oder 10 Jahre mitgeholfen haben und sich nun selbständig machen wollen, erkennen müssen, daß die Eltern nicht einmal den Arbeitslohn zurücklegen konnten, auf den sie Anspruch hätten, um eine Existenz zu gründen.

Da wir im Haushaltsausschuß alle diese Fragen bereits ausführlich behandelten, will ich mich auf diese kurz gedrängten Darlegungen zu den grundsätzlichen Problemen in unserer gesamten Landwirtschaft beschränken. Ich möchte nur noch zusammenfassend sagen — dies gilt ebenso unseren Berufsfreunden in der Landwirtschaft —, daß wir nicht glauben dürfen, daß es mit dem Ruf nach der freien Wirtschaft allein getan ist. Diese freie Wirtschaft bringt vielmehr für uns alle auch verpflichtende Aufgaben — so etwa eine gewisse Planung

(Sehr richtig! links)

der Erzeugung und des Absatzes, der Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher —, Aufgaben, zu deren Durchführung wir die Stütze des Staates und aller verantwortungsvollen und fachkundigen Kräfte in den einzelnen Sektoren unserer Landwirtschaft nicht entbehren können, damit der höchste Nutzeffekt zum Besten von Staat und Wirtschaft erreicht wird.

Verschiedene meiner Freunde werden dann zu einzelnen Detailfragen noch kurz das Wort nehmen. Ich möchte insfolgedessen nur einige wenige Spezialabschnitte berühren. Ich will ein Wort zu dem sterbenden Landesernährungsamt und den nachgeordneten Ernährungsämtern sagen. Es verrät einen wenig guten Ton, auf Sterbende nur Steine zu werfen, zumal in dem Augenblick, da irgendein Erdenbürger zur letzten Ruhe gebracht wird, auf einmal nur Stimmen des Lobes und der Anerkennung über ihn zu hören sind. Ein Wigbold sagte einmal, er wisse nun, warum auf der Welt so viele schlechte Menschen seien; die guten seien ja alle gestorben und begraben, wie er an vielen Gräbern habe hören können. — Vielleicht geht es uns auch hier einmal so. Vielleicht vermissen auch wir, auch in der Landwirtschaft, schmerzvoll manches Gute, wenn die Ernährungsämter einmal nicht mehr sind, besonders dort, wo es die Ernährungsämter in

den letzten Jahren verstanden haben, nicht nur Befehlsübermittler für Anordnungen zu sein, die nicht allein von München, sondern auch von Frankfurt zu uns gekommen sind und die niemals für jeden Bezirk unseres Landes restlos passen konnten. Wo die Aufgabenstellung so recht lebensnah in die Leistungsmöglichkeiten des betreffenden landwirtschaftlichen Gebiets hineingestellt worden ist, da ist die Ablieferung reibungslos vor sich gegangen, da haben die Landwirte nicht unter Zwang, sondern aus freiwilliger Überzeugung heraus ihre Pflicht erfüllt. Die Ernährungsämter übten schon immer und üben zur Stunde auch nebenher Förderungs- und Beratungsaufgaben aus, die man nirgends entbehren kann. Ich erinnere nur an den Grundstücksverkehr, an Anwesenübergaben, an die Durchführung von Siedlungsvorhaben, an den Abschluß von Pachtverträgen, an Erbauseinanderetzungen usw. Streitigkeiten, die beispielsweise in einem Dorf ausgebrochen sind, kann ein wirklich geeigneter und befähigter Ernährungsamtsleiter mit seinen Mitarbeitern ohne gerichtliche Austragung meistens zum Besten lenken. Auch aus diesem Grunde ist ein langsamer und allmählicher Abbau sehr am Platze. Der Herr Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat im Haushalts- und Ernährungsausschuß vor einiger Zeit ausgeführt, daß er nicht wisse, ob unsere Ernährung für alle Zeiten gesichert sei, und deshalb sei der Weiterbestand eines Teils der Ernährungsämter notwendig. Die in diesen Ernährungsämtern noch arbeitenden Menschen würden in ihrer Arbeitsfreudigkeit unendlich gewinnen, wenn sie einmal hören dürften, welche letzten Aufgaben dem zusammengeschrumpften Personalstand der Ernährungsämter verbleiben. Sie haben es durch ihre jahrelange erfolgreiche Mithilfe bei der Sicherung unserer Ernährung in schwersten Zeiten verdient, daß man sich um ihre soziale Zukunft bekümmert. Mit dem Aussprechen von Kündigungen und dem Hinaussetzen der Menschen auf die Straße ist das soziale Problem lange nicht gelöst. Ich wäre sehr dankbar, wenn der Herr Staatsminister Dr. Schlögl im Laufe der Aussprache auch dazu eine beruhigende Erklärung abgeben würde.

(Sehr richtig!)

Die noch vorhandenen Fachkräfte könnten beispielsweise während des Winterhalbjahres durch Abhaltung von Aufklärungsverfammlungen in den einzelnen Dörfern über das Gebiet der Milchwirtschaft

(Sehr gut!)

Wertvolles leisten; selbst ein Futternotjahr läßt Möglichkeiten zur Ertragssteigerung. Auch hier beschränke ich mich stichwortartig auf einige Punkte.

In der Öffentlichkeit zeigte sich in den letzten Wochen infolge der Berichte über eine neue Milchpreisregelung mit einer geringen Erhöhung der Butterpreise da und dort eine gewisse Unruhe. Dieses Problem wird bekanntlich auf der Bundesebene auszutragen sein. Als Vertreter der Landwirtschaft kann ich erklären, daß wir lediglich die Sicherung der jetzigen Erzeugermilchpreise erreichen wollen; sie sind — das muß wohl jedermann, der von der Landwirtschaft und ihren Aufgabenstellungen einiges weiß, zugeben — zur Erhaltung und weiteren Aufwärtsentwicklung unserer heimischen Milcherzeugung unerlässlich. Sollte dabei eine geringe Butterpreiserhöhung nicht zu umgehen sein, dann hat sie eine Verbesserung der Butterqualität im Gefolge. Jedermann wird dankbar

(Bachmann [CSU])

die Herabsetzung des Wassergehaltes in der Butter von 20 auf 18% begrüßen, und Verbraucher und Erzeuger werden zugeben, daß eine solche Qualitätsverbesserung auch geldlich ausgeglichen werden muß. In der Kriegs- und Nachkriegszeit machte es die Knappheit an Lebensmitteln aller Art notwendig, auch die Abfallprodukte in der Milchwirtschaft, die Magermilch, die Molke usw. in den Dienst unserer Ernährungsicherung zu stellen. Die Errichtung von Käseereien im Anschluß an reine Buttermolkereien war eine not- und zeitbedingte Etappe. Nun hat sich der Geschmack unseres Volkes durch die Steigerung des Fleisch- und Fettangebots ja wesentlich geändert. Abfallende Käsequalitäten sind auf dem Käsemarkt heute nicht mehr abzusetzen. Ein Reinigungsprozeß wird dadurch eingeleitet, den auch die Fachwelt begrüßt. Die Magermilch muß nun wieder wie früher weitgehend zurück in den Bauernhof zur Kälber- und Schweinezufucht und -mast. Darum verträgt sie auch nicht mehr den bisherigen Preis.

Mit der zeitbedingten Tatsache der geringsten Milchanklieferung im Monat November fällt in diesem Jahre ein Mißstand zusammen, auf den ich das Augenmerk der Regierung und der einschlägigen Ministerien besonders lenken will. Auch beim Ablaufen der Zwangsbewirtschaftung muß eine gewisse Staatsautorität erhalten bleiben. Die bei uns anfallenden geringen Buttermengen sind noch in Gefahr, durch Schwarzfahrten und ähnliches aus dem Rheinland und aus anderen Gebieten im Allgäu und im Süden unseres Vaterlandes zu jedem Preis aufgekauft und weggebracht zu werden, statt daß diese Butter zur Ermöglichung der an sich für den Weihnachtsmonat knappen Ration von 125 Gramm verwendet werden kann. Muß diesem Geschehen tatenlos zugesehen werden? Verschiedene meiner Freunde haben einen Antrag des Kollegen Maag unterstützt, daß wir gerne von der den Landwirten zustehenden Quote so viel abtreten, daß überall die Ausgabe dieser 125 Gramm gesichert werden kann.

Das Schicksal unserer Milchwirtschaft verlangt die Herausstellung eines weiteren Gesichtspunktes, nämlich die da und dort zu beobachtende Absplitterung einzelner Orte von größeren und leistungsfähigen Molkereibetrieben. Draußen im Lande wird vielfach gesagt, die Molkereien seien im Dritten Reich zwangsweise zusammengelegt worden. Demgegenüber ist darauf zu verweisen, daß die notwendige Rationalisierung des Molkereiwesens durch das Reichsmilchgesetz vom Jahre 1930 ausgelöst war, das verlangte, daß durch entsprechend große Milcheinzugsgebiete der Unterbau für die Schaffung einer einheitlichen Butterqualität, einer Markenware gesichert werden mußte. Aus diesem Grunde ist man damals von dem System der kleinen Dorfmolkereien abgegangen. Man hat für einen entsprechend begrenzten Umkreis, den ich auch nicht auf viele Dutzende von Kilometern ausgedehnt wissen will, eine Molkerei errichtet und sie mit modernsten Maschinen ausgestattet, um durch entsprechend ausgebildete Fachleute hochwertige und dem Auslandsprodukt ebenbürtige Molkereierzeugnisse herzustellen und den deutschen Markt befriedigen zu lassen. In völliger Verkennung der zukünftigen Markterfordernisse wird da und dort der Versuch unternommen, die eine oder andere Rahmstation wieder als eigene Buttereie zu be-

treiben. Glaubt jemand, daß bei einem Tagesmilchquantum von vielleicht 1000 bis 2000 Litern Kühleinrichtungen, Fachleute und moderne Maschinen wirtschaftlich angelegt werden können und daß dieser Kapitalaufwand in einem verantwortbaren Verhältnis zum Erfolg steht? Ein solches Beginnen geht, meine sehr verehrten Zuhörer, meistens auf Kosten eines gerechten Milchpreises für die Erzeuger. Darum haben wir alle zusammen die Aufgabe, gegen solche Rückschritte Front zu machen. Wir sind schnell dabei, auf das vorbildliche Ausland zu verweisen, auf Dänemark, auf Holland usw. Dort geht man heute daran, die kleinen Molkereien mit etwa 5000 bis 6000 Liter Tageslieferungen — das sind bei uns schon mittlere Betriebe — noch einmal zusammenzulegen, um den schweren Zukunftsaufgaben qualitätsmäßig gewachsen zu sein. Und bei uns trennt man einzelne Glieder mit wenigen tausend Litern bedenkenlos von einem starken Organismus ab. Hier müssen Regierung, Fachberatung, Volksvertretung und auch die einzelnen Abgeordneten, nicht etwa um Stimmen zu fangen, sondern aus innerster Überzeugung zusammenwirken, daß bewährte Einrichtungen nicht eingerissen, sondern erhalten und weiter ausgebaut werden. Das ist das Gebot der Stunde.

Ich darf am Schlusse dieses Abschnittes einen letzten Gesichtspunkt anführen. Im Dritten Reich sind durch große Zuschüsse auch in den bayerischen Ostgebieten neue Molkereien entstanden. Diese Molkereien leiden vielfach unter zu hohen Anfuhrkosten. Heute weiß noch niemand, ob diese hohen Anfuhrkosten auf die Dauer verantwortet und getragen werden können. Ich halte es aber dennoch nicht für richtig, diese Betriebe einfach zum alten Eisen zu werfen. Es muß wohl die ganze Molkereiwirtschaft auf Grund einer inneren Verbundenheit, einer Betriebsgemeinschaft auch diese schwachen Glieder tragen und unterstützen.

Diese Forderung wird wohl erleichtert durch die vom Staatsminister vorgeschlagene Errichtung neuer Tierzuchtämter in diesen zurückgebliebenen Gebieten. Auch hier wird es möglich sein, den Futterbau, die Milcherzeugung und die Milchanklieferung zu steigern. Damit wird auch der Molkereiwirtschaft der Weg zur Wirtschaftlichkeit geebnet. Den Verneinern dieser Möglichkeit darf gesagt werden, daß vorbildliche Zuchtgebiete von heute einstmals ebenfalls leistungsschwach waren. Meine Heimat Mittelfranken, Oberfranken und Nordschwaben stellen dies sichtbar unter Beweis. Versetzen wir uns zurück in die Zeit um die Jahrhundertwende; wie war es denn damals um die Viehwirtschaft, um die Tierzucht bestellt? Als weitblickende Männer einige Waggonladungen Zuchtvieh aus Miesbach usw. holten, lachte die große Masse der Bauern und sagte: Wie sollen wir die Tiere weiter füttern mit unserem kargen Futter? Die haben in ihrer Heimat die Grünlandwirtschaft, die Weiden usw., das ist eine ganz andere Welt! Aber mit den Anfängen in der Viehzucht ist auch der Acker- und Futterbau gewachsen. Schließlich sind beide zusammen gewachsen. Wir haben nach jahrzehntelanger Zielbewußter und Gott sei Dank erfolgreicher Arbeit Milch-ertragnisse erhalten, die sich sehen lassen und sehr wohl an die Seite der Erzeugnisse des Allgäus und anderer gesegneter Gefilde unseres Vaterlandes stellen können. Damit möchte ich die Bedeutung und die Notwendigkeit der Errichtung der Tierzuchtämter unterstreichen, damit möchte ich mit einem Satz nur noch einmal aus-

(Bachmann [CSU])

geführt haben, daß Hand in Hand mit dieser Förderung der Arbeit für die Tierzucht selbstverständlich auch die Arbeit für die Hebung von Ackerbau, Grünlandwirtschaft usw. gehen muß und daß sich der Landwirt und alle, die ihn beraten und führen, die Arbeit und Mühe nicht verdrießen lassen dürfen, hier einen tragfähigen Grund zu legen und dem Fortschritt Bahnbrecher zu sein.

Dem Schlusse zueilend, darf ich in dem Zusammenhang noch einige Sätze zur Flurbereinigung sagen. Wenn unser Acker- und Futterbau in Bayern den Erfordernissen der heutigen Zeit gewachsen sein und bei dem Arbeitermangel die notwendigen Maschinen erfolgreich angesetzt werden sollen, muß eine planmäßige und sinnvolle Flurbereinigung vorausgehen. Darüber ist sich alles einig. Aber wenn wir diese Frage nun draußen vom Alltag und von der Praxis her betrachten, sehen wir, daß sich diese Arbeit beispielsweise in einer großen Gemeinde von vielleicht 3000 Tagwerk auf mindestens vier bis fünf Jahre erstreckt und daß ein Kostenaufwand entsteht, der weit über die Leistungskraft und das Denkvermögen der einfachen kleinen Landwirte hinausgeht. Daß diese Lasten aus eigener Kraft nicht geschafft werden können, darüber, glaube ich, besteht Einmütigkeit in diesem hohen Hause. Diese eine Million D-Mark, die als Zuschuß zur Flurbereinigung in unserem Landwirtschaftsetat steht, reicht nicht hin, um die erforderlichen Unterstüzungen zu gewähren. Hier ist es notwendig, daß von der Bundesebene her Mittel zugeschossen und dann entsprechend in die richtigen Kanäle weitergeleitet werden, um die Flurbereinigung so zu fördern, daß die Mehrzahl der heute Lebenden noch einen Erfolg der Flurbereinigungsmaßnahmen sehen und erwarten darf. Um nun das alles zu untermauern und vorwärtszutreiben, hat Herr Minister Dr. Schlögl in dankenswerter Weise das Hauptgewicht seiner Arbeit in den letzten Monaten auf die Ausbildung unseres landwirtschaftlichen Nachwuchses und auf die Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens gelegt. Ich glaube, er setzt sich damit ein Denkmal und wird vielleicht in der Geschichte einmal einen Beinamen bekommen, vielleicht als „Bauernschulmeister“ oder ähnliches. Wir in der Landwirtschaft sind dankbar, daß man in jenen Gebieten, in denen noch keine Landwirtschaftsschulen bestehen, den jungen Menschen Gelegenheit gibt, die Fachausbildung zu bekommen, ohne die es nun einmal im Leben nicht geht. Wir wissen sehr wohl — und ich spreche das, meine verehrten Zuhörer, verantwortungsbewußt aus —, daß durch die Errichtung von etwa 20 neuen Landwirtschaftsschulen und ihren Nebenanstalten, die dazukommen, dem bayerischen Staat für die Folgezeit neue Finanzierungsaufgaben erwachsen. Denn damit, daß man Landwirtschaftsschulen baut und Landwirtschaftsämter errichtet, sind die Dinge nicht erledigt, sondern diese Einrichtungen müssen auch unterhalten und gefördert werden. Wenn wir gestern vom Herrn Minister die Summen hörten, die andere Länder, etwa das reiche Amerika oder England, für ihre Landwirtschaft ausgeben, und wenn wir daneben betrachten, welcher kleinen, unscheinbaren Betrag wir in Bayern aufbringen können, sind wir uns wohl einig, daß um des großen Zieles willen diese Dinge der notwendigen Unterstüzung und Förderung von Staat und Landtag bedürfen.

Meine sehr verehrten Zuhörer! Der Grund zur richtigen Fach- und Schulausbildung muß im Elternhaus gelegt werden. Es muß eine dörfliche Volksschule hinzutreten, die auch dem bäuerlichen Charakter Rechnung trägt, und eine Lehrerschaft, die lebensnah mit dem Bauernstand verbunden ist, die nicht aus Zwang auf dem Katheder steht und nur die Stunden ausfüllt, um einer formalen Pflichterfüllung zu genügen, sondern die auch weiß, was die geistige Förderung des Dorfes zu bedeuten hat. Nach dem Elternhaus und nach der Volksschule kommt die Berufsvorbereitungsschule und dann die Fachschule. Fachliches Wissen, Wissen und Können sind die Parole, nach der wir zu arbeiten haben. Aber ich möchte noch eine weitere Bitte aussprechen, auch wenn ich vielleicht da und dort höre, daß dieses Gebiet nicht zu den Aufgaben der Landwirtschaftsschulen, der Winterschulen, gehöre, sondern in den Bereich der Bauernhochschulen, die sich aber nach der bisherigen Übung nur auf einen begrenzten Teil von Menschen erstrecken können. Ich möchte nämlich meinen, daß an diesen landwirtschaftlichen Fachschulen auch die notwendige staatsbürgerliche Erziehung nicht vergessen werden darf. Die staatsbürgerliche Erziehung kann ja jeden Tag auch in den Fachunterricht mit hineinverwoben werden, indem man den jungen Menschen vor Augen führt, daß nicht etwa nur das wirtschaftliche Ziel und der materielle Erfolg im Leben die Grundlage zu einer guten Bildung zu legen haben, sondern daß die bäuerliche Arbeit hineingestellt sein muß in die Aufgaben unseres ganzen Volkes. Wir haben es alle miteinander erlebt, daß einstmal wie durch Windesbrausen niemand mehr wußte, wohin er politisch gehörte, und daß man Menschen traf, die, um ihre Meinung befragt, nicht sagen konnten, auf welcher Grundlage sie wirklich stehen. Da kann es nur allzu leicht vorkommen, daß junge Menschen auf das rhetorische Geschick eines Redners von irgendeiner Seite hereinfallen und glauben, dessen Ansichten seien das allein Seligmachende. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen und alle Kräfte anspannen, damit als letztes Ziel nicht nur für den Bauern, sondern genau so für den Land- und Kopparbeiter, für den Handwerker wie für den Industriellen herausgestellt wird, daß ihre Arbeit nicht nur den eigenen Lebensunterhalt sichert, sondern etwas Höheres bezweckt, nämlich die Sicherung des Bestandes der Volksgemeinschaft; denn ihre Ausprägung und Höhe ist der letzte Erdenlohn, den uns all unser Wirken und Handeln im Leben einbringt.

Diese wenigen Gesichtspunkte wollte ich Ihnen vorgetragen haben. Ich möchte aber nicht schließen, ohne namens meiner politischen Freunde Ihnen, Herr Minister, Ihrem Staatssekretär und all Ihren Mitarbeitern herzlichst zu danken für Ihre hingebungsvolle Arbeit. Wenn wir daran erinnern, daß einstmal auch im Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium eine gewisse Ministerialbürokratie zu kritisieren war, so haben wir in den letzten Jahren erlebt, daß nunmehr eine verständnisvolle Tatfächennähe sichtbar wurde und daß jeder Referent und jeder Hilfsarbeiter zu seinem Teil weiß, daß es auf die Ausrichtung nach dem letzten Ziel ankommt. In den gezollten Dank möchte ich alle Beamten draußen im Land, in allen landwirtschaftlichen Verwaltungen und Stellungen, auf welchem Gebiet sie auch dienen mögen, eingeschlossen haben. Wir haben im Haushaltsausschuß versucht, in be-

(Bachmann [CSU])

stimmten Gebieten für Männer, die ein Vierteljahrhundert treu, gewissenhaft und erfolgreich ihre Aufgaben erfüllt haben, gewisse Beförderungstellen zu schaffen. Es war dies im diesjährigen Etat leider nicht mehr möglich. Ich möchte aber heute nochmals die Bitte aussprechen, daß ernsthaft versucht werden möge, im neuen Etat diese Möglichkeiten zu suchen, damit neben dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung doch auch äußerlich jenem Teil treuer landwirtschaftlicher Beamter eine Anerkennung vor der Öffentlichkeit gewährt wird. Bei meinem Dank möchte ich aber auch jene Verwaltungen anderer Ressorts nicht vergessen — etwa in den Landratsämtern und bei den Finanzämtern —, die ihr Amt nicht nur im Rahmen ihrer Spezialaufgaben ausführen, sondern die sich dabei auch in die wirklichen Bedürfnisse aller Stände, auch der Landwirtschaft, hineinendenken. Wir wollen — ich sage das noch einmal — keine Bevorzugung, sondern nur den gerechten Lohn, wie er bei der Armut unseres Vaterlandes jedem Berufsstand und jedem Arbeitenden zukommt.

In diesem Zusammenklang aller aufbauwilligen Kräfte dienen wir alle gemeinsam dem Ziel, das uns weitgehend von der Lebensmitteleinfuhr aus dem Ausland unabhängig macht. Mit jeder ersparten Devisen kann eine neue Arbeitsmöglichkeit für einen heute vielleicht arbeitslosen Volksgenossen geschaffen werden. Dann ist das alte Wort wahr: Stadt und Land, Hand in Hand! Wir können auch hinzufügen: Dann wohl dir, du, mein Vaterland!

(Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Maag.

Maag (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte zu Beginn als ersten von drei Punkten herausstellen, daß wohl kein Etat im Haushaltsausschuß eine solch gründliche Beratung erfahren hat wie der Landwirtschaftsetat. Im besonderen Maße wurde von der gedruckten Vorlage abgewichen, weil einige Überbleibsel aus einer vergangenen Zeit, besonders auf dem Gebiet der Ernährungämter, gestrichen werden mußten. Dabei kam man darauf, daß 5,5 Millionen DM einzusparen sind.

Zum zweiten möchte ich feststellen, daß wohl kein Problem heute aktueller ist als das Problem der Landwirtschaft, und zwar nicht nur in Bayern oder in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. In allen Staaten, vor allem aber bei uns, hat nach den vielen hinter uns liegenden Hungerjahren die Landwirtschaft an Bedeutung und als Diskussionsgegenstand sehr gewonnen. Für uns in Bayern als Agrarland ist sie nicht nur als Erwerbszweig besonders wichtig, vielmehr nimmt unsere gesamte Bevölkerung regen Anteil an der Landwirtschaft, von deren Erzeugnissen sie ja letzten Endes abhängt.

An dritter Stelle möchte ich auf einen Brief hinweisen, der am 21. September 1949 von der damals noch bestehenden Militärregierung an den Präsidenten des Bayerischen Landtags gerichtet wurde. Dieser Brief enthielt drei Bemerkungen über das Haushaltsgesetz. Als eines der wichtigsten Gebiete wurde seitens der Militärregierung gerade die Landwirtschaft hervorgehoben und darauf hingewiesen, daß nach dem Aufhören des Zuflusses von ERW-Mitteln in Deutschland

und besonders in Bayern alle Anstrengungen gemacht werden müßten, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, wie dies in den übrigen europäischen Ländern geschieht.

Ich will nun auf den Haushalt eingehen und ihn in der Reihenfolge behandeln, wie dies im Haushaltsausschuß geschehen ist. Zunächst will ich den Etat vorwegnehmen, der uns eine besondere Freude macht, weil er einen Überschuf erbringt, den Forstetat. Er schließt mit 69 Millionen DM Überschuf ab. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir seit 15 Jahren in unseren bayerischen Wäldern Raubbau treiben. Der Einschlag im heurigen Jahr beträgt nicht, wie in der gedruckten Rede des Herrn Ministers fälschlicherweise angegeben wurde, 18 Prozent des Normalmaßes, sondern 180 Prozent. 18 Prozent wären ja nicht einmal der Normalmaß. Dieser Einschlagmaß von 180 Prozent muß jeden Forstwirtschaftler bedenklich stimmen. Wir wissen aus der Rede des Herrn Ministers, daß 120 000 Hektar Waldfläche in Bayern kahl liegen, von denen 56 000 Hektar auf Staatswaldungen treffen. Die Folgen dieses Raubbaues sind nicht immer sogleich festzustellen; sie werden sich erst in späteren Jahren bei den nachkommenden Generationen bemerkbar machen. Allerdings treten auch heute schon da und dort Vegetations-schwierigkeiten auf. Auch die Erholungsmöglichkeiten der Städte sind durch die Abholzung der Wälder ganz außerordentlich beeinträchtigt worden. In der furchtbaren Tatsache, daß ein Wald hundert Jahre braucht, bis er wieder schlagfähig wird, liegt der Grund, weshalb sich die Folgen der Abholzung für unser Volk erst später so unliefsam bemerkbar machen werden. Deshalb haben wir im Haushaltsausschuß unseren Wunsch vorgebracht, es müßte angeht des hohen Holzeinschlags doch versucht werden, die überschüssigen Gelder zur Wiederaufforstung der Kahlschläge zu verwenden. Wenn wir solange warten, bis der Einschlag zurückgeht und der Forstetat abgeglichen ist, also keine Überschüsse mehr bringt, dann wird es noch weit schwieriger sein, die Mittel freizumachen, um die abgeholzten Wälder wieder aufzuforsten. Wir sind deshalb sehr warm dafür eingetreten, daß außer den 8 Millionen DM, die im Haushaltsjahr 1949 eingesetzt sind, noch 4 Millionen DM im Ergänzungshaushalt und 4 Millionen DM im Vorgriff auf das neue Haushaltsjahr für diesen Zweck vorgesehen werden sollen. Aber auch diese Summe ist noch zu gering. Ich möchte daher schon heute sagen, daß es für das künftige Etatjahr mit einer Hauptforge des Landwirtschaftsministeriums sein muß, die im Generalplan zur Aufforstung für die nächsten fünf Jahre vorgesehenen 112 Millionen DM flüssig zu machen. Wir dürfen nicht vergessen, daß es sich um einen verbenden Betrieb handelt, dessen Ertrag zurückgeht, wenn wir nicht in der Zeit des Raubbaues dafür sorgen, daß eine entsprechende Aufforstung durchgeführt wird. Auf die verschiedenen Wegebauten, die noch zu machen sind, darf ich nur am Rande hinweisen. Ich möchte hinzufügen, daß die Waldgegenden die ärmsten Gebiete sind. Gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit und der Krise bitte ich dringend darum, im nächsten Etat dafür zu sorgen, daß die Waldwege für den Abtransport des Holzes wieder hergerichtet werden. Wir schaffen damit vor allem in den armen Waldgegenden neue Arbeitsmöglichkeiten und verhindern ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit ins Uferlose. Außer diesen Wegarbei-

(Maag [SPD])

ten werden auch noch Betriebsarbeiten, Entwässerungen und Wasserbauten vorgenommen werden müssen. Ich darf noch hervorheben, daß im Forstetat auch die Wohnverhältnisse der im Wald beschäftigten Arbeiter von Wichtigkeit sind. Vor allem dürfen wir nicht vergessen, daß in den Waldgebieten rund 4000 Flüchtlinge eingesetzt sind, die oft in ganz menschenunwürdigen Behausungen leben müssen. Wenn wir uns diese Waldarbeiter erhalten wollen — und das müssen wir; denn sie sollen ja den Wald pflegen —, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß sie wenigstens einigermaßen anständig untergebracht werden. In den Waldgebieten sind die Wohnungen doch mit weniger Geld zu beschaffen als in den Großstädten, nur muß endlich einmal an diese Dinge herangegangen werden. Ich bitte also, nicht zu vergessen, daß auf dem Gebiet des Wohnungsbaus endlich etwas getan werden muß.

Noch ein kurzes Wort zum Privatwald, der zwei Drittel des bayerischen Waldes ausmacht und ebenfalls sehr gelitten hat. Da der Besitz über 10 Hektar gewöhnlich eigenes Personal beschäftigt, möchte ich den Forstleuten besonders empfehlen, sich wieder mehr des kleinen Waldbesitzes unter 10 Hektar anzunehmen. Die Zeiten des Dritten Reiches, das diese Betreuung den Forstbeamten genommen und auf den Reichsnährstand übertragen hat, sind vorbei. Wir sind der Meinung, daß die alten Zeiten wieder kommen müssen, in denen die Forstbeamten den privaten kleineren Waldbesitz nebenher betreut haben.

Bevor ich den Forstetat verlasse, möchte ich noch mit einem Wort auf das Forstpersonal zu sprechen kommen. Erst vor einigen Wochen konnten wir in der „Neuen Zeitung“ einen Artikel lesen, in dem es hieß, daß in Bayern nicht alles so sei, wie es sein sollte, und daß besonders in einigen Ministerien noch sehr nazistische Leute beschäftigt würden. Dabei ist besonders das Landwirtschaftsministerium in den Vordergrund gestellt worden. Wir dürfen gegenüber solchen Angriffen nicht vergessen, daß im Forstwesen, das zum Landwirtschaftsministerium gehört, 80 Prozent, ja teilweise bis zu 90 Prozent der Beamten und Angestellten Parteigenossen waren. Wir wollen über sie nicht richten; denn wir wissen, daß im Forstwesen ganz besondere Verhältnisse vorlagen. Wir wollen aber nicht hoffen, daß die heute erwähnte Befürchtung in Erfüllung geht, sondern daß die Forstbeamten in der neuen Demokratie all ihre Kräfte für den demokratischen Staat einsetzen und damit die Unkenrufe über sie zum Schweigen bringen.

Ich habe schon eingangs erwähnt, daß die Landwirtschaft heute ein ausgedehntes Diskussionsfeld eröffnet. Weite Verbraucherkreise stehen der Landwirtschaft sehr ablehnend gegenüber; denn sie sind noch zu stark von den Verhältnissen der vergangenen Jahre beeindruckt, obwohl zugegeben werden muß, daß nur einzelne Bauern Veranlassung zu der nicht gerade freundlichen Haltung gegenüber der Landwirtschaft gaben. Man darf wirklich nicht verallgemeinern, und ich stehe nicht an zu erklären, daß der Großteil der Landwirtschaft nicht horten konnte, sondern seine Produkte gegen schlechtes Geld absetzen mußte und auch abgesetzt hat. Man darf also die Bauern nicht im allgemeinen verurteilen, wenn sich auch einige unerfreuliche Elemente darunter befanden, die nicht in Ordnung waren.

Wir wollen auch nicht verlangen, daß den Bauern heute durch Gesetz niedrigste Preise aufgezwungen werden, während wir auf anderen wirtschaftlichen Gebieten die sogenannte freie, ausgependelte Wirtschaft haben, deren Preise der Bauer nicht bezahlen kann. Wenn wir schon eine freie Wirtschaft haben wollen, dann muß sie auf allen Gebieten bestehen! Wir erkennen auch an, daß die Landwirtschaft nicht nur Erwerbszweig ist. Sie ist wie kein anderer Zweig unserer Wirtschaft ein unentbehrlicher Faktor zur Gesundung unseres Volkes, und aus ihr müssen die Lebenskräfte und die seelischen Werte für unser Volk kommen. Daraus ergibt sich aber, daß in der Landwirtschaft nicht das freie Spiel der Kräfte walten darf, sondern daß eine planvolle Wirtschaft lenkung Platz greifen muß. Es wäre sehr interessant, in diesem Zusammenhang etwas über die heutige Subventionspolitik zu sagen. Ich weiß aber, der Herr Minister würde darauf antworten: Das liegt außerhalb meines Bereichs, dafür bin ich nicht zuständig, das ist Bundesangelegenheit. Nun will ich noch nicht einmal so sehr herausstellen, was auf dem Weizengebiet geschieht; was aber auf dem Roggengebiet vor sich geht, muß gerade in Bayern unbedingt eine Diskussion herausfordern. Die Vorgänge auf diesem Gebiet kann man wirklich nicht immer als glücklich bezeichnen.

Bei der Beratung des vorliegenden Stats konnte eine ganze Reihe von Einsparungen erzielt werden, und es entstand dann eine lebhafte Diskussion darüber, was mit diesen Einsparungen geschehen soll. Man hat auch heftig darüber diskutiert, ob man nicht die Ernährungsämter, die vor allem ein Stein des Anstoßes waren, überhaupt abschaffen und alle hiefür vorgesehenen Ausgaben einsparen sollte. Wir dürfen aber nicht vergessen — und das ist besonders zu betonen —, daß wir immer noch für 4,5 Milliarden DM Lebensmittel einführen müssen, nachdem wir im Bundesgebiet nur für 7,5 Milliarden DM Lebensmittel erzeugen. Ich glaube, auf dem Gebiete der Ernährung geht es uns in Westdeutschland beinahe so wie einem Vogel in seinem Käfig, der jeden Tag vom Frauchen schön gefüttert wird, aber Angst haben muß, zu verhungern, wenn Frauchen einmal nicht mehr da ist.

(Sehr gut!)

Zu diesem Vergleich komme ich, wenn ich unsere Ernährungswirtschaft betrachte und überlege, daß für 4,5 Milliarden DM Lebensmittel eingeführt werden, für die wir bis heute nichts bezahlen. Vom Verbraucherstandpunkt aus können wir also nicht ohne weiteres dem Ruf zustimmen: Weg mit allen Ernährungsämtern!

Aus Anlaß einer Sitzung des Landwirtschaftsausschusses ist kürzlich in der Presse eine Diskussion darüber entstanden, ob wir im westdeutschen Raum zu gut essen. Bei dieser Auseinandersetzung wurde behauptet, daß dies tatsächlich der Fall sei. Ich habe nun schon erklärt, daß das Ausland dabei allzusehr auf das sieht, was in den Urlaubsorten und Luzusgaststätten vor sich geht. Die Kritiker sollten aber einmal in die Fabriken, in die Haushalte der Arbeitslosen und der Fürsorgeempfänger gehen, dann müßten sie feststellen, daß dort nicht das beste Fleisch gegessen wird, daß sich die Arbeiter in den Fabriken zur Brotzeit nicht ein Viertel Würst kaufen, sondern trockenes Brot und einen Apfel essen, weil es leider zu etwas anderem

(Maag [SPD])

nicht reicht. Wenn nun diese armen Teufel eine ganze Woche hindurch ihr Brot und ihren Apfel essen, dann darf es ihnen niemand verdenken, wenn sie sich für den Sonntag ein Viertel Wurst kaufen, und zwar eine gute Wurst und nicht diese Blutwurst mit vielleicht einigen Grieben, die sie jahrelang essen mußten. Ein gutes Stück Wurst oder Fleisch, wie es sonst zum alltäglichen Essen gehörte, kann sich der Arbeiter sowieso nicht leisten.

Genau so ist es mit dem Roggenbrot. Man soll nicht sagen, daß wir verwöhnt sind. Wenn der Roggen wieder zu 65 Prozent ausgemahlen und die Kleie für die Rinder und Schweine verwendet wird, dann werden auch die Menschen wieder lieber zum Roggenbrot greifen.

Ähnlich ist die Lage beim Hammelfleisch. Der Herr Minister klagte, daß er damit beinahe nicht hinreiche. Würde das Hammelfleisch zu einem Preis verkauft, der für den größten Teil der armen Leute und der Arbeiter tragbar wäre, dann würde es auch abgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch die Verhältnisse auf dem Eiermarkt kurz streifen. Der Minister hat gestern selbst erklärt, daß sich mit Recht ein Sturm entfaltet habe. Er hat mitgeholfen, daß ein kleiner Rückgang der Eierpreise möglich wurde. Wenn durch einen größeren Import eine Senkung der Eierpreise erreicht wird, dann wird auch die Vernunft wieder Platz greifen.

Mein Vorredner hat es als tragisch bezeichnet, daß gerade zu Weihnachten unsere Verbraucher nur 125 Gramm Butter erhalten sollen. Ich habe dem hohen Hause einen Antrag vorgelegt, wonach die Selbstversorger, welche 500 Gramm Butter in der Periode erhalten, von dem Bezug dieser Menge Abstand nehmen sollen, nachdem sie alle hausgeschlachtet haben. Damit soll dem Verbraucher wenigstens die Portion belassen werden, die notwendig ist. Wir wollen vermeiden, daß über Weihnachten nicht einmal diese geringe Menge Butter ausgelastet werden kann.

Ich komme noch einmal auf die Diskussion der Frage zurück, was mit den 5,5 Millionen DM Einsparungen geschehen soll. Ein großer Teil meiner Fraktion hat die Ansicht vertreten, daß nach einem Beschluß des Landtags diese Einsparungen in Höhe von 5,5 Millionen DM für den sozialen Wohnungsbau Verwendung finden müßten. Wir haben uns wiederholt über dieses Problem unterhalten und uns dann damit einverstanden erklärt, daß 2 Millionen DM für Flüchtlingsfiedlerkredite und 1 Million DM für die Erbauung von Arbeiterwohnhäusern auf Staatsgütern verwendet werden. Auf diese Weise dienen diese Gelder auch dem sozialen Wohnungsbau. Die übrigen Mittel sollen zur Förderung der Landwirtschaft verwendet werden, damit im Jahr 1952 unsere Volksernährung gesichert ist, wenn keine ERP-Mittel mehr zur Verfügung stehen. Wir wissen, daß wir uns damit in Übereinstimmung mit der Verfassung befinden, in der auf die Landwirtschaft besonders hingewiesen wird.

Nun zu den einzelnen Positionen im Etat selbst! Über die Flurbereinigung wurde so viel geredet, daß sie wahrscheinlich beendet wäre, wenn es auf die Reden allein ankäme. In der Praxis sieht es anders

aus. Jede Diskussion über die Landwirtschaft beginnt mit dem Problem der Flurbereinigung. Auf diesem Gebiet gilt es, Mittel und Wege zu finden, um voranzukommen. In diesem Zusammenhang möchte ich erklären, daß mich das im April vorigen Jahres angenommene Arrondierungsgesetz nicht ganz befriedigt. Es sind ganze 30 Arrondierungsverfahren angelaufen. Ich hoffe, daß sich im nächsten Jahre diese Zahl erhöht. Es ist zwar im Verfolg dieses Gesetzes sehr viel geschehen, aber bis jetzt ist der große Erfolg ausgeblieben, den man sich mit der Arrondierung erhofft hatte, weil das Arrondierungsverfahren schneller arbeitet als die Flurbereinigung. Die Bereitwilligkeit der Bauern, die Flurbereinigung vorzunehmen — früher ein wunder Punkt, der oft Anstoß erregte —, ist heute vorhanden, aber es fehlen jetzt die Räume, die Geräte und vor allem die Menschen, um die Flurbereinigung durchführen zu können.

Wir haben gehört, daß die Ernährungsämter abgebaut werden müssen. Wäre es nun nicht möglich, die dort beschäftigten Arbeitskräfte, die ihre Schuldigkeit getan haben und jetzt arbeitslos werden sollen, in die Flurbereinigung hinüberzunehmen? Sie werden sich einarbeiten und wieder nutzbringende Arbeit für unsere Landwirtschaft leisten können.

(Sehr richtig!)

Wir wollen uns doch nicht undankbar mit dem Satz abfinden, daß der Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, nun gehen kann. Die freiverdenden Kräfte können in der Flurbereinigung verwendet werden, denn es werden nicht nur technische, sondern auch Verwaltungskräfte gebraucht.

Die Technisierung unserer Landwirtschaft steht im engsten Zusammenhang mit der Flurbereinigung; denn sie kann nur durchgeführt werden, wenn eine Flurbereinigung, eine Arrondierung vorausgeht. Beim Zentrallandwirtschaftsfest in München hat es mir nicht gefallen, daß nicht weniger als 27 Schleppertypen für die Landwirtschaft gezeigt wurden. Wenn wir in der landwirtschaftlichen Technik vorwärtskommen wollen, muß eine Vereinigung kommen. Solange eine solche Vielzahl von Typen hergestellt wird, ist an eine Verbilligung nicht zu denken, und ohne Verbilligung ist ein großer Teil der Landwirtschaft gar nicht in der Lage, die Traktoren zu kaufen. Das Landwirtschaftsministerium muß sein Augenmerk darauf legen, daß auf diesem Gebiete etwas geschieht.

Über das Kapitel Bodenreform wäre natürlich auch sehr viel zu sagen. Ich habe kein Bedenken, daß die 1,5 Millionen DM, die im Etat für die Barabfindung ausgeworfen sind, nicht ausgegeben würden. Aber ich habe ein leises Bedenken, ob die in Titel 311 vorgesehenen 6,5 Millionen DM zur Errichtung von Neufriederstellen voll ausgegeben werden. Der Herr Minister wird vielleicht darüber Auskunft geben. Die 2 Millionen DM, die in Titel 312 für die Flüchtlingsfiedlung ausgeworfen sind, werden wohl auch Verwendung finden, bevor das Etatjahr zu Ende ist. Der Stand der Bodenreform in Bayern ist nicht gerade befriedigend. Im Ausschuß für die Bodenreform schweben noch rund 300 Einspruchsklagen, die wir zu erledigen suchen. Es sind erst 5000 Hektar von insgesamt 33 000 Hektar übereignet; das ist noch herzlich wenig. Auf diesem Gebiete muß mehr geschehen.

Über die Tierzucht hat der Minister sehr ausführlich gesprochen. Die Tierzucht in Bayern hat

(Maag [SPD])

einen volkswirtschaftlichen Wert von 2 Milliarden DM im Jahr. Mit den züchterischen Leistungen, die in den Zuchtverbänden erzielt werden, dürfen wir zufrieden sein. Das Zentrallandwirtschaftsfest in München war der Landwirtschaft ein Vorbild und für den Tierliebhaber ein Ereignis und eine Freude. Wir haben uns gefreut, als im Ring unsere Kalt- und Warmblüter vorgeführt wurden, und zwar in der Pferdezucht unser Haslinger, in der Viehzucht unser Fleckvieh, unsere Pinzgauer, die Allgäuer und das gelbe Frankenvieh, zuletzt auch noch unsere Ziegen, Schweine und Kleintiere. Es war für jeden ein Erlebnis, und ich habe mich drei Nachmittage auf die Tribüne gesetzt, um es mitzuerleben; denn hier sah man wirklich, daß in unserem Deutschland nicht nur Trümmer vorhanden sind, sondern daß es doch noch Züchter gibt, die das alte Zuchtziel aufrechterhalten und dafür sorgen, daß unsere Zucht noch in gutem Stand ist.

Allerdings habe ich einen kleinen Einwand vorzubringen. Wir haben in Kapitel 701 C Titel 400 zur Förderung der Tierzucht 500 000 DM ausgeworfen — eine sehr große Summe, meine Damen und Herren, die natürlich nicht nur für Zuchtverbände und für züchterische Leistung in Frage kommen kann. Ich weiß wohl, daß die Zuchtverbände die Pioniere auf züchterischem Gebiete sind. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es sich dabei immer nur um einen kleinen Teil der gesamten Landwirtschaft handelt und daß das Augenmerk unserer tierzüchterisch tätigen Menschen auf die breite Landwirtschaft gerichtet sein muß. Ich brauche nur an die Oberpfalz und den Bayerischen Wald, an Unterfranken, den Spessart, die Rhön, den Steigerwald und die Haßberge zu erinnern, die in der Tierzucht noch sehr weit zurück sind und zu besseren Leistungen gebracht werden müssen. Ich hoffe, daß die Neuerrichtung von sechs weiteren Tierzuchtämtern zu einer Breitenleistung führt und vor allem, daß wir in den eben genannten Gebieten Bayerns durch die Beratung der landwirtschaftlichen Betriebe eine bessere Tierzucht erreichen. Leider Gottes wird gerade von den Zuchtverbänden die Errichtung weiterer Tierzuchtämter nicht immer begrüßt, was mir sehr auffallend erscheint, aber vielfach aus bestimmten Gründen geschieht.

Es ist ganz klar, daß die Förderung der Ziegenzucht und meines Lieblingsgebietes, der Kleintierzucht, nicht vergessen werden darf.

Unsere augenblickliche Eierknappheit ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß wir von einer Möglichkeit abgehen, die im Kriege bestand. Damals konnten nämlich unsere Bäuerinnen durch unsere schönen Aufzuchtstationen in Unterfranken im Mai eine Junghenne mit acht Wochen für zwei Mark bekommen. Wir wollen nicht wieder zu der alten Unsitte zurückkehren, daß die Bäuerin im Juni eine alte Glucke setzt, weil nun einmal die Sonne so schön warm scheint. Die Küken sind dann im Oktober erst halb entwickelt und beginnen frühestens im Mai des nächsten Jahres mit dem Legen. Das ist keine Leistungssteigerung! Wir müssen wieder die März- und Aprilbrut haben, damit die Junghenne im Oktober mit dem Legen anfängt und dem Bauern den Winter hindurch bis zu 100 Eier liefert. Wenn wir schon etwas leisten wollen, dann muß es auch auf diesem Gebiete geschehen. Für

die Bäuerin ist es außerdem bestimmt ein Vorteil, wenn sie auch während der Wintermonate durch den Verkauf der Eier entsprechende Einnahmen hat.

Da ich schon bei Unterfranken bin, möchte ich noch unserer Hoffnung und Erwartung Ausdruck geben, daß die versprochene Viehhaltungsschule in Unterfranken errichtet wird. Wir hoffen und erwarten, daß die Frankenhalle, die auf dem Gebiet der Tierzucht nicht nur für Unterfranken, sondern auch für Ober- und Mittelfranken von Bedeutung ist, wiedererrichtet wird, und wir wünschen vor allem, — das möchte ich auch noch erwähnen —, daß die Mittel, die für die notleidende Landwirtschaft ausgeworfen werden, in diesem Jahr auch zugunsten der Landwirtschaft in den Notgebieten des Bayerischen Waldes, in Unterfranken, im Spessart und in der Rhön entsprechend verwendet werden.

Ich darf von der Viehhaltung zu den Staatsgütern übergehen. Wir haben kein Interesse daran, daß unsere Staatsgüter große Profite abwerfen, sondern nur daran, daß sie Beispielwirtschaften sind,

(Sehr gut! bei der CSU)

daß sie der breiten Landwirtschaft ein Beispiel geben. Meine Damen und Herren, hier fehlt es aber noch. Die Landwirtschaft hat heuer einmalig Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Deshalb setze ich meine Hoffnung darauf, daß auch die Staatsgüter mit besseren Leistungen aufwarten können. Wir haben draußen zum Teil Anlagen gesehen, die nicht als beispielgebend für die Landwirtschaft zu bezeichnen sind. Wir hoffen vor allem, daß ein Teil des Millionenbetrages, der für Arbeiterwohnungen ausgeworfen wurde, auch auf diesen Staatsgütern Verwendung findet. Es ist unmöglich, die Arbeiter auf den Staatsgütern in solchen Behausungen weiterleben zu lassen, wie wir sie erlebt haben. Die Staatsgüter haben also noch eine große Aufgabe vor sich. Unser Urteil über die Staatsgüter in den nächsten Jahren wird davon abhängen, was sie für die Praxis leisten.

Erfreulich ist, daß wir unseren Moorkwirtschaftsstellen ebenfalls eine bedeutende Erhöhung zukommen lassen konnten, durch die sie in die Lage versetzt werden sollen, Traktoren anzuschaffen und besonders auf dem Gebiet der Moorkwirtschaft noch mehr zu leisten als seither.

Darf ich bei den Staatsgütern auch kurz auf die Weingüter eingehen, die im Kriege und besonders in der Nachkriegszeit ebenfalls sehr gelitten haben? Der Besuch des Haushaltsausschusses und des Landwirtschaftsausschusses in Würzburg hat Ihnen die Eigenheit dieses Teiles von Franken gezeigt. Was dem Oberfranken die rauchenden Schloten, dem Allgäuer das Vieh auf der Weide, das ist dem Unterfranken die Weinwirtschaft, die uns besonders am Herzen liegt. Mag auch Würzburg zerstört sein und in Trümmern liegen, seinen tiefen Kellern unter den Kirchen und Palästen konnte die Feuersbrunst nichts anhaben; sie haben wir erhalten. In den Hängen um Würzburg herum können wir keine Kartoffeln und kein Getreide bauen; sie sind dafür geschaffen, den herrlichen Wein hervorzubringen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Wunsch aussprechen: Wenn am Donnerstag abend im Bayerischen Landtag einige Bockbeutel mit herrlichem Frankenwein aufmarschieren sollten, der unter allen

(Maag [SPD])

Arzneien die bekömmlichste und wirksamste ist,

(Heiterkeit und Zustimmung)

dann bitte ich die Presse, nicht wieder von einer Bällerei zu schreiben, wie es — von einigen Ausnahmen abgesehen — geschehen ist, als wir im Landwirtschaftsausschuß die minderwertige Wurst unter 2 Mark — und sie war unter 2 Mark! — und einige Brote probierten. Damals meinten einige Leute wunder, welch große Bällerei stattgefunden habe. Bedenken Sie: Wenn wir die Bocksbeutel nach München schicken — es ist dies auf unsere Anregung hin geschehen —, so wollen wir erreichen, daß unsere Abgeordneten, die viel im Lande herumreisen, auch unseren Frankenwein kennenlernen und nicht erst dann von ihm hören, wenn unsere Winzer wieder Notrufe über die Absatzkrise ausenden. Unser herrlicher Frankenwein soll bekannt werden, und besonders auch unsere bayerischen Abgeordneten sollen wissen, was sie dem Frankenwein schuldig sind.

(Heiterkeit und Zustimmung.)

Weil ich gerade vom Wein spreche, möchte ich auch einige Worte zu der Konkurrenz des Weines, zum Bier, ausführen. Es geht wegen der berühmten Biersteuer ein Geraune durch ganz Bayern, und beinahe zu leicht wird erklärt, auch die Sozialdemokraten wollten, daß der Bund die Biersteuer festlege. Ich möchte dabei grundlegend betonen: Wir Sozialdemokraten sind besonders in Bayern für eine unbedingte Senkung der Biersteuer;

(Bravo-Rufe)

denn wir wissen, daß unsere Verbraucher darunter zu leiden haben und daß ein Arbeiter, der ein Glas Bier trinken will, den hohen Preis am meisten spürt. Wir sind allerdings dafür, daß der Bund alle Verbrauchssteuern einheitlich regelt. Eine solche Regelung hat mit der Höhe der Steuer gar nichts zu tun. Auf der anderen Seite ist durch das Grundgesetz festgelegt, daß die Erträgnisse dieser Steuer den Ländern zufließen. Man soll also nicht eine Propaganda treiben, als seien nur die Sozialdemokraten die bösen Menschen, die versuchen, das Bier zu verteuern und dem bayerischen Volk das Nationalgetränk nicht gönnen.

Für eine weitere Säule der Landwirtschaft, die Bildungsarbeit, haben wir auch größere Zuschüsse genehmigt. Wir wollten, wie in der Tierzucht, nicht nur eine Vermehrung der Beamten und der Schulen, sondern wir verlangen, daß die Arbeit in die Breite geht und daß gerade der ärmere Teil der Landwirtschaft von diesen Einrichtungen Gebrauch machen kann. Darum geht es. Ich habe schon im Ausschuß beantragt, daß einige Schülerbeihilfen erhöht werden. Unser Augenmerk muß darauf gerichtet sein, armen, mittellosen Kleinbauern durch Beihilfen den Besuch dieser Schulen zu ermöglichen.

Der Herr Minister hat schon kurz darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaftsschulen nicht nur theoretisch unterrichten, sondern in der Hauptsache auf unsere moderne Technik und insbesondere auch auf unsere moderne Viehhaltung ein besonderes Augenmerk legen sollen. Das gilt, wenn ich dies in dem Zusammenhang sagen darf, auch für die Hauswirtschaftsschulen. Wir wissen, daß wir auf der einen Seite in der Landwirtschaft Arbeitermangel und auf der

anderen Seite die Landflucht innerhalb der Bauernschaft selbst haben. Wir erleben, daß gerade bei den Mittel- und Kleinbauern die Landflucht sehr stark ist und daß sich der Jungbauer oft umsehen muß, um überhaupt noch eine Frau zu finden, die bereit ist, eine Bäuerin zu machen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Dieser Zustand kann aber nicht durch ein Gesetz oder eine Verordnung geändert werden, die man von der Regierung verlangt,

(Stock: Sondern nur durch Liebe! — Heiterkeit)

— nein, sondern indem man dafür sorgt, daß auch auf dem Land Verhältnisse eintreten, die es der Frau noch wert erscheinen lassen, auf dem Dorf zu wohnen und Bäuerin zu sein. Es ist nach unserer Auffassung mit Aufgabe unserer Hauswirtschaftsschulen, besonders auf die Technik und auf die technischen Fortschritte im Haushalt hinzuweisen. Auch ich bin der Meinung, daß die Bäuerin nicht — wie sie heute gern sagt — die Sklavin des Hofes sein soll, die von früh bis nachts als solche tätig ist, sondern daß sie wieder Herrin oder Königin des Hofes wird.

(Bodesheim: Das geht bloß in der Monarchie! —

Heiterkeit.)

— Das hat mit Monarchie nichts zu tun; denn, trotzdem es Bienenköniginnen gibt, haben die Bienen noch lange keine Monarchie, und dann gibt es noch Weinköniginnen und Schönheitsköniginnen! Ich wollte damit aber nur sagen, daß wir die Landflucht nur eindämmen können, wenn unsere Hauswirtschaftsschulen auch den jungen Bauerntöchtern einmal das Stadtleben vorführen, wie es wirklich ist. Denn auf das Land kommt natürlich nur die Dame, die vielleicht einen Beamten geheiratet hat, der auf sicherem Posten sitzt, und die dann groß davon spricht, was sie alles erlebt, welch schönes Leben sie hat. Die Bäuerin sieht nicht die Tausende von Arbeitslosen, die Tausende Armer, die in den Höhlen der Großstädte wohnen und oft nicht den Tisch decken können. Diese Not wird oft nicht gesehen. Die Bauerntöchter müssen wieder einsehen, daß das Arbeiten in Gottes freier Natur doch das schönere Leben darstellt. Ich kann mir vorstellen, daß wir gerade auf dem Gebiete der Kleintier- und Viehzucht der Bäuerin vor Augen führen können, wie stolz sie doch darauf sein kann, inmitten eines schönen Hühnergartens und inmitten ihres Hofes zu wirtschaften und ein Leben zu führen, das nicht mit dem Großstadtleben zu vertauschen ist. Wir müssen dafür sorgen, wieder Lust und Liebe für das Landleben zu erwecken. Durch Gesetze ist das meiner Meinung nach nicht zu erreichen.

Ich darf zum Schluß kommen. Wir von der Sozialdemokratie haben lange überlegt, ob wir alle Einsparungen — außer den drei Millionen für den Siedlungsbau und für den Bau von Arbeiterwohnungen — der Landwirtschaft zukommen lassen sollen. Wir haben letzten Endes zugestimmt, möchten aber den Herrn Minister und seine Referenten auf die große Verantwortung aufmerksam machen, die sie haben. Uns geht es bei dieser Zustimmung nicht darum, mehr Stellen einzurichten, mehr Reisekosten auszugeben, sondern uns geht es darum, daß die Mittel zu einer Steigerung der Produktion verwendet werden, die letzten Endes dem ganzen Volk zugute kommt. Uns geht es darum, daß Sie durch bessere Einrichtungen die Landflucht eindämmen, daß der Land-

(Maag [SPD])

arbeiter, der arbeiten und schuften muß, wieder ein lebenswertes Dasein führen kann. Vom Erfolg wird es abhängen, ob wir im nächsten Statsjahr erklären können, daß die Mittel, die wir der Landwirtschaft gegeben haben, gut verwendet worden sind und ob wir bereit sind, weiter mit Ihnen den eingeschlagenen Weg zu verfolgen. Sie haben also den Beweis dafür zu erbringen, daß Sie mit diesen Mitteln das erreichen, was Sie uns vorgetragen haben.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

II. **Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hirschenauer.

Hirschenauer (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist nur zu begrüßen, daß im Etat des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung Einsparungen gemacht werden konnten. Es ist auch zu begrüßen, daß die frei werdenden Mittel wieder für die Landwirtschaft verwendet werden können, weil sie dann auch der Ernährung zugute kommen. Das ist in der heutigen Zeit unbedingt notwendig. Ich vermisse aber, daß man nicht daran gedacht hat, den landwirtschaftlichen Betrieben eine Hilfe zukommen zu lassen, die am Ende des Krieges im Jahre 1945 in Bayern in Schutt und Asche gelegt wurden. Sehr vielen Landwirten ist es nicht möglich, die Häuser wieder herzustellen. Der Herr Minister hat wohl gestern erklärt, daß er bemüht war, durch das sogenannte fränkische Hilfswerk in Mittelfranken, Unterfranken und auch in Oberfranken zu helfen. Wie es aber nun immer so ist: man hat Niederbayern dabei ganz vergessen. Auch in Niederbayern sind in den letzten Tagen des Krieges viele schöne Märkte, Ortschaften und Einzelhäuser schwer beschädigt worden. Wenn auch vielleicht jetzt der Etat abgeschlossen ist, so glaube ich doch, daß noch bei mancher Gelegenheit gespart werden kann. Ich erinnere daran, daß wir endlich einmal bei den Ernährungsämtern und beim Landesernährungsamt mit dem Abbau beginnen könnten, zum Beispiel mit der Abteilung Vieh, einem Überrest des früheren Viehwirtschaftsverbandes.

Ich gehe mit Herrn Kollegen Maag darin einig, daß die abgebauten Arbeitskräfte anderwärts wieder verwendet werden können; das soll aber nicht heißen, daß sie jetzt hinausgeworfen werden müssen. Ich erinnere mich, daß die Metzger ein bitteres Weihnachtsgeschenk bekommen haben; denn gerade drei bis vier Tage vor Weihnachten wurden damals Strafen von Hunderten von Mark, ja sogar von mehreren tausend Mark ausgesprochen. Ein ähnlich bitteres Weihnachtsgeschenk möchte ich den hier in Frage kommenden Angestellten nicht wünschen.

Ich glaube, daß es auch heute noch möglich ist, Einsparungen zu machen, um mit diesen Mitteln den Wäldlern im Bayerischen Wald eine Unterstützung zu geben, die trotz der niedrigen Zinssätze die Zinsen nicht zahlen können.

Ich darf noch auf die Bemerkung des Herrn Staatsministers von gestern eingehen, daß die Preise in der freien Wirtschaft nicht geregelt werden könnten. Ich kann Ihnen dazu ein anderes Beispiel geben. Im Oktober dieses Jahres wurde der Schweinepreis freigegeben. Es ist richtig, die Preise gingen in die Höhe, sie gingen sogar sehr stark in die Höhe. Daran waren aber nicht die Metzger schuld, sondern die Händler, die

einander überboten. Wenn das Pfund Lebendgewicht 1,60 DM gekostet hat, so wurden 1,70, 1,80, ja sogar 2 DM geboten. Nun trat das Gegenteil ein. Auch Herr Kollege Maag hat schon davon gesprochen. Die Preise für das Schweinefleisch sanken und sind tiefer gesunken, als sie am Anfang waren, und man sprach davon, daß das Schweinefleisch um 2,20 DM verkauft werden müsse. Die Senkung des Preises ist deshalb eingetreten, weil die Schweine frei wurden und auch frei bleiben werden. Ich bin sogar der Ansicht, daß die Preise noch weiter sinken werden. Im Gegensatz zu den Schweinen werden die Kälber noch heute bewirtschaftet. Ich weiß nicht, ob es stimmt, daß sie demnächst freigegeben werden; ich würde diese Freigabe begrüßen. Die noch bestehende Bewirtschaftung hat zur Folge, daß bei uns auf dem Schlachthof ein, zwei oder drei Kälber angeliefert werden. Nicht einmal die Krankenhäuser können mit dem notwendigen Kalbfleisch beliefert werden, weil die Kälber noch bewirtschaftet sind. Wohin die Kälber kommen, das weiß ich nicht; jedenfalls sind sie verschwunden. Es gibt also nichts anderes, als die Kälber und die Kinder freizugeben; denn dann regelt sich der Preis von selbst. Es ist auch davon gesprochen worden, daß die Verdienstspanne geprüft werden müsse. Ich glaube, daß das nicht notwendig ist, weil die Konkurrenz für einen Ausgleich sorgt. Es ist heute schon so weit, daß das Fleisch sogar unter den gegebenen Preisen verkauft wird.

Ich weiß überhaupt nicht, warum wir heute noch Markenwirtschaft treiben. Gerade hier könnte gespart werden, denn die Markenwirtschaft ist heute nicht mehr tragbar. Mit den Ausführungen des Kollegen Bachmann, der erklärte, daß die Ernährungsämter unbedingt bleiben müßten, bin ich nicht ganz einverstanden. Es mag sein, daß er für einen kleinen Teil mit einer richtigen Befehung recht haben mag. Was haben aber die Ernährungsämter geleistet, als das Vieh knapp war? Sie konnten keines beschaffen und haben keines beschafft. Auch jetzt ist es wieder so bei den Kälbern. Das Ernährungsamt Passau zum Beispiel umfaßt 140 Gemeinden. In Viehhändlern gibt es nicht nur 140, sondern vielleicht das Doppelte. Trotzdem können keine 40 oder 60 Kälber aufgebracht werden, sondern vielleicht eines, zwei oder drei, die die Bauern selbst bringen. Das sind jene Bauern, die keine Überpreise wollen. Mit Mühe und Not kann das Kalbfleisch für die Krankenhäuser beschafft werden. Darum muß gefordert werden, die Kälber freizugeben. Auch die Kinder können ruhig freigegeben werden. Ich weiß freilich, daß im Frühjahr wieder die normale knappe Zeit kommen wird, wie das auch früher der Fall war; ich glaube aber, daß die Metzger dann trotzdem das Vieh aufbringen werden.

(Beifall.)

II. **Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weinzierl Alois.

Weinzierl Alois (CSU): Hohes Haus, meine verehrten Frauen und Männer! Früher war es im Bayerischen Landtag immer üblich, daß sich ein großer Teil der Landwirte zum Wort meldete, wenn der Landwirtschaftsetat beraten wurde. Sie wissen, daß ich von meinen bäuerlichen Kollegen immer so als „halber Landwirt“ betrachtet werde. Ich gestatte mir daher als halber Landwirt einige Bemerkungen zum Landwirtschaftsetat zu machen.

(Weinzierl Alois [CSU])

Ich habe mir gestern verschiedene Punkte notiert, zu denen ich im Rahmen des Landwirtschaftsetats zu sprechen wünschte. Mir fällt es heute sehr schwer, in dem Sinne zu sprechen, wie ich es mir gestern notiert habe; denn nach den vortrefflichen Ausführungen des Herrn Kollegen Maag habe ich mit Staunen festgestellt, daß die Oppositionspartei — wie ich schon einmal erwähnte — jetzt eigentlich direkt Regierungspartei geworden ist.

(Heiterkeit bei der SPD. — Dr. Beck: Das merken Sie jetzt erst?)

Ich wollte als halber Landwirt im einzelnen an verschiedenen kleinen Stellen Kritik üben, und das fällt mir, wie ich schon angeführt habe, sehr schwer, weil ich doch hier auf der rechten Seite sitze und vielleicht von der Oppositionspartei getadelt werden könnte.

(Zuruf von der SPD: Nein, das machen wir nicht!)

Ich will Sie nicht lange aufhalten und habe nur einige kurze Fragen zu verschiedenen Punkten. Wenn wir den Werdegang der Landwirtschaft im sogenannten Westdeutschland betrachten — ich möchte vorausschicken, daß das Landwirtschaftsministerium daran völlig schuldlos ist —, so sehe ich eine große Gefahr in der ganzen Entwicklung. Nach meinem Dafürhalten amerikanisieren wir uns jetzt innerhalb der Agrarpolitik. Ich kenne schließlich die Verhältnisse, weil ich schon zweimal in Amerika war. Es scheint mir jetzt bei uns genau so zu gehen wie dort. Herr Kollege Bachmann — und ich glaube, gestern auch der Herr Landwirtschaftsminister selbst — hat ausgeführt, daß in Bayern durchschnittlich 80 Prozent der Betriebe kleinere, speziell aber kleinere Betriebe sind. Gerade diese Kleinbetriebe und teilweise auch die Mittelbetriebe werden sich nach meinem Dafürhalten in den nächsten Jahren sehr schwer durchsetzen und ihre Existenz kaum aufrechterhalten können, wenn die Dinge so weitergehen. Wir sehen das speziell bei der Technisierung der Landwirtschaft. Die großen und größten Betriebe sind in der Lage, sich durch und durch zu technisieren, das heißt, dann mit Erfolg zu arbeiten. Die kleineren und kleinsten Betriebe und zum Teil auch die mittleren Betriebe dagegen sind dazu nicht in der Lage.

(Wimmer: Aber genossenschaftlich können sie es machen!)

— Herr Kollege Wimmer, ich komme gleich darauf. Ich möchte aber, weil du, mein alter Freund, mir die Genossenschaft in den Mund gelegt hast, vorausschicken, daß ich ein alter Genossenschaftler bin. Dem Herrn Landwirtschaftsminister möchte ich sagen, daß die sozialen Bauern Genossenschaftler sind. Alle jene Landwirte, die draußen in den Genossenschaften tätig sind und mitarbeiten, sind die sozialen Elemente im Bauernstand, und ich bedaure tief, daß von den übriggebliebenen Mitteln des Landwirtschaftsetats gar keine dazu verwendet wurden, um den Ausbau der Genossenschaften zu fördern und sie in die Lage zu versetzen, die Technisierung genossenschaftlich in den einzelnen Betrieben durchzuführen. Ich selbst bin ja nicht mehr aktiver Rechner, war es aber über 30 Jahre lang im Christlichen Darlehenskassenverein. Heute arbeite ich noch indirekt mit, weil eine meiner Töchter diese Rechnungsfelle führt — aber das gehört ja nicht zur Sache. Ich überlege mir tagtäglich, wie wir es fertigbringen, auf genossenschaftlichem Weg die Techni-

sierung etwas vorwärtszutreiben. Bedenken Sie als Bauern, wie sich die Klein- und Kleinstbetriebe mit ihren Kühlein abmühen und abrackern müssen! Es ist klar, daß die Kühe dann weder Milch geben, noch sich weiterentwickeln können. Und gerade auf dem Weg der Technisierung müssen wir vorwärtsschreiten.

Der Herr Kollege Maag hat weiter mit Recht erwähnt, daß nicht alle Unterstützungsgelder für die Tierzuchtförderung an die Tierzuchtverbände hinübergegeben werden dürfen. Alle Hochachtung vor einem guten Viehzüchter, der mit gutem Beispiel vorangeht! Es ist doch so, daß man dem Bauern eine Sache immer praktisch vorführen muß. Erst wenn er sie gesehen hat, dann kommt er. Gerade in den Gebieten des Bayerischen Waldes ist es unbedingt notwendig, daß die Beratung von Seiten der Tierzuchtämter und speziell auch von den Bezirkstierärzten in erhöhtem Maße erfolgt, damit auch dort die Tierzucht gesteigert werden kann. Ich möchte aber, Herr Landwirtschaftsminister, vor allzuvielen Beratungsstellen warnen; denn sonst haben wir draußen lauter Beratungsstellen und keine Bauern mehr.

(Heiterkeit.)

Was mich des weiteren sehr interessiert, sind die Ausführungen des Herrn Kollegen Bachmann bezüglich der Lehrerschaft und der Erziehung der Jugend. Er meinte, daß sich die Lehrer mehr und mehr den Verhältnissen der Landbewohner anpassen sollen. In diesem Zusammenhang ist es mir sehr interessant, daß ich immer hören muß, unsere kommenden Lehrer sollen akademisch ausgebildet werden. Wenn man unsere Lehrer auf die Hochschule schickt und sie akademisch ausbildet, paßt das natürlich ausgezeichnet dazu. Dann werden sie sicher sehr blutsverwandt mit dem Lande und sehr landwirtschaftsverständnisvoll! Das ist eine Selbstverständlichkeit; denn nur durch Bildung kann man die Landwirtschaft kennenlernen! Ich bin anderer Ansicht! Ich glaube, daß man sie mehr praktisch ausbilden soll. Gerade die Lehrerschaft hat zu einem Teil wohl zur Genüge gezeigt, daß sie sich auch mit der sogenannten Mittelschulbildung mit dem Landvolk sehr gut verständigen kann.

Noch etwas. Der Herr Kollege Bachmann ist leider nicht da.

(Bachmann: Doch!)

— Ist da! Es hat mir sehr gut gefallen, daß er dem Herrn Minister, dem Herrn Staatssekretär und sämtlichen Referenten den Dank ausgesprochen hat. Sehr nett! Aber, Herr Kollege Bachmann, mir ist es wenigstens immer so gegangen: Wenn jemand recht gelobt wurde, dann habe ich dem Landfrieden nicht getraut. Ich würde dich bitten, mit dem Lob etwas sparsamer zu sein. Ich könnte vielleicht, nicht gegen den Herrn Minister oder den Herrn Staatssekretär, aber gegen einzelne Referenten im Ministerium, schon einen kleinen Tadel aussprechen, wenn ich auf der (nach links zeigend) Seite sitzen würde; aber weil ich da (nach rechts zeigend) sitze, schweige ich.

(Heiterkeit.)

Zum Schluß möchte ich sagen: Herr Landwirtschaftsminister, sorgen Sie dafür, daß gerade der kleinen und mittleren Landwirtschaft auf genossenschaftlichem Wege geholfen wird, zur Technisierung zu kommen!

Noch eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Kollegen Bachmann über die Molkereien. Es ist

(Weinzierl Alois [CSU])

eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Molkereien, die jetzt errichtet sind, erhalten bleiben; denn es bleibt ja unseren kleinen und mittleren Bauern in den kommenden Jahren nichts anderes übrig, als die Fett-erzeugung und die Tierzucht zu fördern. Nur das ist das Heilmittel, das uns und unsere kleinen Bauern über die schwierige Lage hinwegbringen kann.

(Allgemeiner Beifall.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Gehring.

Gehring (CSU): Sehr verehrte Damen und Herren, Mitglieder des hohen Hauses! Der Herr Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat uns gestern in einer dreistündigen Rede im Eiltempo eine reichliche Kost vorgesetzt. Der Ernährungs-ausschuß ist es ja gewöhnt, vom Herrn Landwirtschaftsminister reichlich beköstigt zu werden. Gestern allerdings war es nicht billige Wurst und Schwarzbrot, sondern es war geistige Kost. Außerdem haben heute sich bereits verschiedene Referenten eingehend mit der Landwirtschaft befaßt: der Herr Bachmann von der CSU, meiner Partei, der mehr eine allgemeine Rede gehalten hat, und der Herr Kollege Maag, der ein ausgezeichnetes Referat erstattete, das vor 1933 selbst einem Bauernbündler zu 90 Prozent Ehre gemacht hätte.

(Hört!)

Verschiedene andere prominente Herren haben gesprochen. Diese Tatsache veranlaßt mich, weil ich kein Wiederkäufer bin, nicht allzuviel zu reden, sondern mich mit dem schon Gesagten abzufinden und nur einiges kurz dazu zu bemerken.

Der Herr Kollege Maag hat angeführt, daß das, was unlängst bei den Beratungen des Landwirtschaftsausschusses herausgekommen ist, daß wir nämlich eigentlich in den Westzonen über unsere Mittel leben, doch nicht so ganz in Ordnung sei. Dazu eine kritische Bemerkung: Es gibt keinen Zweifel, wir leben heute über unsere Mittel. Das ist unter allen Umständen zu unterstreichen. Ich mache der Bevölkerung keinen Vorwurf. Wer dauernd diese gestreckte Wurst gegessen hat, hat allmählich eine Abneigung gegen die billige Wurst bekommen, auch wenn sie heute nicht mehr so gestreckt wird. Ich bin zufällig Mitglied des Ausschusses Vieh und Fleisch in Frankfurt. Alles mögliche mußte in die Wurst hinein, um sie zu strecken. Daß allmählich eine Abneigung entsteht und die Bevölkerung die Wurst ablehnt, ist verständlich. Auch die Abneigung gegen das Roggenbrot ist zu begreifen, nachdem man alle möglichen Dinge hineingemahlen hat — sogar die Ochsen haben einen allmählich dumm angeschaut, weil wir die Kleie selbst gegessen haben. Wir müssen aber dahin streben, unser Volk bodenständig zu ernähren, also mit den Erzeugnissen, die unsere Landwirtschaft hervorbringt, weil eine große Gefahr droht. Der Marshall-Plan soll sich nur bis zum Jahre 1952 erstrecken, und wir sind dann darauf angewiesen, unsere ganze Einfuhr selbst zu bezahlen. Die Frage der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist deshalb nicht eine Frage der Bauern allein, sondern des gesamten Volkes. Der Herr Minister hat das gestern schon betont. Ich will es noch ganz besonders unterstreichen: Das ganze Volk hat das größte Interesse daran, daß wir aus unserem Grund und Boden land-

wirtschaftlich herausholen, was herauszuholen ist. Es muß das denkbar Möglichste in der Erzeugung geleistet werden. Nur so können wir verhindern, daß wir nach 1952, wenn die amerikanischen Hilfsmittel nicht mehr fließen, von unserem Volk fordern müssen: Schnallt den Bauchriemen enger! Der Herr Minister hat ausgeführt, daß im laufenden Jahr für 1,2 Milliarden Dollar, das sind für rund 5 Milliarden DM, Lebensmittel eingeführt werden. Nehmen wir dazu noch die Einfuhr der nötigen Rohstoffe für die Industrie, so werden wir finden, daß wir für 10 bis 11 Milliarden DM ausländische Ware einführen, die durch die Ausfuhr abgedeckt werden müssen, wenn wir keine finanzielle Unterstützung vom Ausland mehr haben. Betrachten wir die Entwicklung, die in England und in Frankreich bereits eingetreten ist! Parlament und Presse haben wegen ein paar hundert Motorrädern aufgeschrien, die unsere Industrie auf den Markt geworfen hat. Man hat gegen die deutsche Konkurrenz protestiert! Wie wird es uns dann möglich sein, für 10 oder 11 Milliarden DM Industrieerzeugnisse im Ausland unterzubringen? Darum müssen wir im Interesse der Ernährung alles aus dem Boden herausholen.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat ein ausgezeichnetes Programm entwickelt. Trotzdem muß ich dazu einige Ausführungen machen. Ich selbst als praktischer Bauer unterscheide bei der Landwirtschaftsförderung zwischen der Förderung auf weite Sicht und der Förderung, die sofort wirkt. Wenn man diese Unterscheidung trifft, zeigt sich, daß große Teile des Programms solche Planungen auf weite Sicht enthalten. Ich vermissen aber die Heranziehung und Berücksichtigung des eigentlichen Kulturbodens, um aus ihm herauszuholen, was herauszuholen ist. Die Landwirtschaftsschulen sind selbstverständlich in jeder Art und Weise zu fördern. Schon aus sozialen Gründen muß unter allen Umständen die Schaffung neuen Kulturbodens in den landwirtschaftlich schlecht geeigneten Gebieten, den Notstandsgebieten, angestrebt werden, um den Kleinlandwirten und ähnlichen Kreisen zu helfen. Wenn wir aber in kürzester Frist möglichst viel erreichen wollen, müssen wir dem vorhandenen Kulturboden, sei es ein Acker oder eine Wiese, das Äußerste abringen.

Als erstes muß die Gesundung des Kulturbodens angestrebt werden, und in dieser Hinsicht ist in dem Programm eigentlich auch ziemlich viel enthalten. Ich habe vor allem die Flurbereinigung im Auge. Sie dient dem vorhandenen Kulturboden, der Ackerwirtschaft. Mit ihr hängt die Entwässerung zusammen. Ich glaube allerdings, daß wir durch die Art der Flurbereinigung, wie sie seit 1933 getätigt wird, in der Entwässerung zum Teil gehemmt sind. Wenn sich unsere Flurbereinigung auch noch auf viele Jahrzehnte erstrecken wird, so könnte die Entwässerung doch wesentlich rascher vorwärtsgetrieben werden. Auch früher war es doch so. Im übrigen spielen hier zwei Ministerien herein; denn soviele ich weiß, sind die Wasserwirtschaftsämter noch dem Ministerium des Innern angegliedert, was ich als Fehler betrachte. Auch diese Ämter gehören letzten Endes zum Landwirtschaftsministerium, um ein gutes Zusammenspiel in jeder Art und Weise zu ermöglichen.

Aber außer auf diese beiden Verbesserungen, auf die ich jetzt nicht weiter eingehen will, weil schon sehr viel darüber geredet wurde — Herr Kollege Maag hat ja erwähnt, daß sich im Ausschuss ein jeder mit der Flur-

(Gehring [CSU])

vereinigung befaßt habe —, möchte ich auf etwas anderes hinweisen. Ich selbst habe den Antrag gestellt, daß die einzelnen Angestellten der Ernährungsämter A möglichst in die Flurbereinigung übernommen werden sollen, weil ich weiß, daß sehr viele fähige Landwirte darunter sind, die in den Ernährungsämtern vor allem gelernt haben, mit den Bauern umzugehen. Dies bedeutet eine ganz besondere Eignung für den Flurbereinigungsdienst.

Ich möchte noch auf andere Mängel zurückkommen, die unsere Kulturböden und unsere Kulturlächen aufweisen. Da darf ich zunächst eine Bemerkung über die sogenannte Pflugsohle machen. Jeder Landwirt oder Landwirtschaftstechniker wird wissen, was das bedeutet. Mit der Zeit bildet sich unter der Ackersohle durch das fortgesetzte Schneiden mit der Pflugchar und durch die Tritte der Zugtiere eine feste Sohle, die das Aufsteigen des Wassers verhindert und die Kultur ungemein beeinträchtigt.

Es gibt noch weitere Fragen, auf die ich im einzelnen nicht eingehen will, weil das viel zu weit führen würde. Eine Frage befaßt sich mit der Verunkrautung des Bodens. Der Herr Landwirtschaftsminister hat gestern angegeben, daß der Ernteausschlag 15 Prozent betrage. Ich weiß nicht, ob sich diese Zahl auf Krankheiten allein oder auf Verunkrautung und Krankheiten bezieht. Ich kann jedenfalls als praktischer Bauer draußen oft Grundstücke finden, auf denen Hederich, Flughäfer, Ackerdisteln und dergleichen nur einen Ertrag von 50, 40 und 30 Prozent zulassen. Auf dem Gebiet der Unkrautbekämpfung ist ungeheuer viel zu erreichen. Vor allem muß der Samenausfall verhindert werden. Der einzelne nachlässige Bauer, der Schlumper, schädigt nicht nur sich allein, sondern die gesamten Bauern; denn der ausgereifte Same fliegt über die ganzen Fluren.

Weitere Fragen betreffen die Art der Bearbeitung des Bodens, die Betriebswirtschaft, die Frage der Fruchtfolge. Alle diese Fragen sind vom Landwirtschaftsamt aus zu bearbeiten. Ein Problem will ich jedoch kurz etwas behandeln: die Unterstützung der Landwirtschaftsämter. Uns hilft zunächst nicht die Beratung allein, also der Beratungsdienst, den der Herr Minister gestern angeführt hat. Der Herr Minister hat darauf verwiesen, daß in sieben Landkreisen der landwirtschaftliche Beratungsdienst eingeführt sei. Ich habe mich noch nicht klar für diesen landwirtschaftlichen Beratungsdienst entscheiden können und beobachte ihn genau. Ich will bloß betonen, daß ich von vornherein, als der Beratungsdienst zur Begutachtung an den Bauernverband herübergekommen ist, unter allen Umständen gefordert habe, er müsse den Landwirtschaftsämtern unterstellt werden. Eine einheitliche Führung aller Stellen, die sich mit den Verbesserungen in der Landwirtschaft befassen, muß vorhanden sein. Der Herr Minister hat festgestellt, daß dies der Fall ist; ich freue mich darüber. Trotzdem gehe ich mit ihm in Bezug auf den Beratungsdienst insofern nicht ganz einig, als der Beratungsdienst, wenn wir ihn auf das ganze Land ausdehnen wollen, bei 143 Landkreisen ein Heer von ungefähr annähernd 1000 Angestellten erfordern würde. Ich sehe bei unseren Finanzen nicht die Möglichkeit, derartig weitgehende Ausgaben zu machen. Das ist das Bedenken, das ich dabei habe. Ich

glaube, wir würden uns viel leichter tun, wenn wir den Landwirtschaftsämtern unter die Arme greifen und nicht, wie es gefordert wird, in jeden Landkreis ein Landwirtschaftsamt setzen; es gibt auch kleine Landkreise, von denen zwei ganz gut von einem Landwirtschaftsamt betreut werden können. Es wäre jedenfalls sehr zweckmäßig, wenn an den Landwirtschaftsämtern auch mittlere Beamte oder Angestellte, nennen wir sie Saatzüchtetechniker oder Ackerbaugesellen, tätig wären. Hier wäre wieder ein Gebiet, wo wir die Leute und deren Fähigkeiten verwerten könnten, die sich Jahre hindurch bei den Ernährungsämtern A hervorragend bewährt haben und nicht immer die angenehmsten Situationen bei der Erfassung auskosten mußten. Ich glaube, wir würden damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zunächst würde das keine finanzielle Belastung bedeuten. Vielleicht wäre zu überlegen, ob wir nicht den übrigbleibenden Rumpf der Ernährungsämter A den Landwirtschaftsämtern angliedern sollten. Entsprechend der Forderung, die hier erhoben wurde, müßte man die Zwangswirtschaft dann nicht restlos aufheben, sondern könnte sie weiterführen, soweit man sie für dringend nötig hält. Die geeigneten Beamten könnten dann ohne weiteres in die landwirtschaftliche Beratung eingeschaltet werden. Ich glaube, auf diesem Gebiet ließe sich sehr viel machen. Wie ich bereits bei den Flurbereinigungsämtern betonte, haben diese Angestellten der Ernährungsämter die beste Eignung, mit den Bauern umzugehen, weil sie beim Ernährungsamt jahrelang abgeschliffen wurden. Sie wären also in der Lage, näher an den Bauern heranzukommen. Nicht jeder Landwirtschaftsrat bringt es immer fertig, Kontakt mit den Bauern zu bekommen; denn wir wissen, daß in der Landwirtschaft gegen die Herren Akademiker eine gewisse Abneigung besteht. Derjenige aber, der direkt mit den Bauern zusammenkommt und mehr Fühlungnahme mit ihnen hat, wird auf keine zu starke Ablehnung stoßen. Wir würden also für diese Leute die Aussicht schaffen, daß sie sich weiter betätigen können, und müßten nicht infolge der langen Kündigungsfristen und Übergangszeiten nutzlos die Gehälter zahlen. Wir könnten bei einer Vereinigung der Ämter die Leute ohne weiteres miteinschalten und sie auf diese Weise sofort aktiv an der Belehrung der Bauern mitwirken lassen. Wenn in Zusammenarbeit mit dem Bauernverband und der Landjugend auf Versammlungen eine geeignete Belehrung gegeben würde, könnten wir sehr rasch einen Auftrieb in der Erzeugung erreichen. Wir müssen nur an die Bauern herankommen. Wir müssen auf den Dörfern Beratungsringe bilden, die man auch im Dritten Reich geschaffen hatte, als man der Autarkie zustrebte. Damals arbeiteten der Bürgermeister und der Hofberater zusammen, heute tun es der Obmann oder ein sonst hervorragender Landwirt und der Bürgermeister. Sie sollten regelmäßig alle 14 Tage oder einmal im Monat zusammenkommen, um alle wichtigen Fragen zu besprechen. Man sollte die Landwirte dazu einladen und sie belehren. Damit sollte eine Kontrolle verbunden sein, die von München ausgeübt wird. Ich denke dabei an die Landesämter, zum Beispiel an das Landesamt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz. Welch schöner Name! Der Direktor sollte sich als der Betreuer sämtlicher Kulturpflanzen in Bayern fühlen. Sein Ziel sollte es sein, aus dem Boden herauszuholen, was herauszuholen ist. Die Landwirtschaftsämter müßten eine Gänsehaut bekom-

(Gehring [CSU])

men, wenn es heißt: Es ist jemand vom Landesamt da und sieht die Fluren ein. Jeder müßte sich davor fürchten, schlechte Grundstücke zu zeigen. Das Landwirtschaftsamt müßte sich dazu verpflichtet fühlen, in seinem Gebiet nur mehr Grundstücke erstklassiger Kultur zu haben. Das wäre eine ausgezeichnete Aufgabe und jedenfalls viel dankbarer, als dem armen zerstückelten Würzburg sein landwirtschaftliches Untersuchungsamt zu nehmen.

Dann zur Landesanstalt für Saatzucht! Fortwährend schwirren Gerüchte umher — und sie sind glaubhaft —, daß allmählich Züchtungen entstanden seien, die bei Kulturpflanzen oft einen mehrfachen Ertrag bringen. Wenn wir durch die Kriegs- und Vorkriegsverhältnisse auf diesem Gebiet weit zurückgeblieben sind, so muß versucht werden, diesen Vorsprung einzuholen und die besten Sorten beizubringen. Schauen wir vor allem auf die Kartoffeln und die Kartoffelkrankheiten! Hier hat die Landesanstalt Gelegenheit, zu einem Erfolg zu kommen. Gerade bei den Kartoffeln müssen wir oft feststellen, daß als Folge von Krankheiten und des Abbaus, aber auch als Folge des Anbaus schlechter Sorten der Ertrag kaum ein Drittel dessen erreicht, was man bei einer guten Sorte von Saatkartoffeln erreichen könnte. Hier haben wir eine Möglichkeit, die Erzeugung weitgehend zu steigern.

Dieser Punkt hat mich veranlaßt, zu den Ausführungen des Herrn Ministers Stellung zu nehmen. Ich hätte die dringende Bitte, gerade das Kulturland, also nicht nur den Ackerboden, sondern auch die Wiesen zu beachten. Auch die Wiesen müssen entsprechend behandelt werden; die Unkräuter müssen verschwinden, nur beste, gehaltvollste Kulturpflanzen dürfen sich vorfinden.

Zur Tierhaltung! Wie auch mein Vorredner, Herr Kollege Maag, ausgeführt hat, müssen wir unseren Tierzüchtern alle Anerkennung zollen. Wenn wir aber rasch vorwärtskommen wollen, dürfen wir uns nicht darauf beschränken, nur die sechs Prozent der Züchter zu erfassen, die unter der Zuchtkontrolle stehen. Wir müssen darnach trachten, ganz allgemein die Tierzucht zu verbessern, bei den größten Tieren, dem Ochsen und dem Pferd angefangen bis hinunter zu den Kaninchen und Hennen. Wir müssen generell jeden Landwirt und nicht nur die Züchter erfassen. Deshalb begrüße ich es, wenn weitere Tierzuchtämter eingeschaltet werden. Ich begrüße es auch, daß ein weiteres Tierzuchtamt in Neustadt an der Saale errichtet wird, obwohl diese Absicht in unseren Züchtereisen nicht ohne weiteres gutgeheißen wird. Ich wünsche, daß wir das Tierzuchtamt Neustadt baldigst bekommen, um die Tierzucht im nordfränkischen Gebiet zu heben.

Noch zu einigen anderen Fragen! Die Frage der Schlepper ist schon behandelt worden. Man spricht von den vielen Typen, die auf dem Landwirtschaftsfest gezeigt wurden. Die heutige Vielseitigkeit verursacht, wie ich aus meinen Erfahrungen mit Schleppern feststellen kann, die größten Schwierigkeiten. Der Schlepper soll möglichst die Pferde ersetzen, die unnütze Fresser sind und eine Belastung des bäuerlichen Betriebs bedeuten. Nach dem heutigen Stand ist das aber unmöglich. Ein Bauer, der sich einen Schlepper anschafft, muß die Pferde beibehalten; denn wenn mit

dem Schlepper etwas passiert, weiß er nicht, wie lange es dauert, bis der Fehler repariert werden kann. Ich habe erlebt, daß ein Bauer mitten im Sommer, als am Schlepper eine Reparatur erforderlich wurde, zwei Monate warten mußte, bis die Maschine wieder lief, weil ein Ersatzteil fehlte. Die Landwirtschaft ist wie ein laufendes Band, man kann mit der Arbeit nicht aussetzen. Infolgedessen muß immer eine Reserve vorhanden sein. Wenn sich der Bauer auf den Schlepper nicht verlassen kann, müssen die Pferde auf dem Hof bleiben. Deshalb ist die Vereinheitlichung der Typen dringend erforderlich. Bei den Reparaturwerkstätten müssen sämtliche Ersatzteile vorhanden sein, damit der Schlepper, wenn er versagt, in einem halben Tag wieder laufen kann. Diese Forderung muß erfüllt werden; denn erst dann wirkt sich die Motorisierung aus. Auch bei den anderen Maschinen ist es so. Es muß unbedingt eine Vereinheitlichung und eine Typisierung kommen. Ebenso müssen die Ersatzteile immer vorrätig sein. Aber ich sehe trotzdem nicht, daß man an das Problem herangeht. Ich bin der Meinung, daß etwas geschehen müßte. Man sollte von seiten des Ministeriums einen Fachmann mit dieser Aufgabe beauftragen, der sich mit der praktischen Landwirtschaft zusammensetzt — vielleicht könnte man auch die Bayern kapitalmäßig miteinschalten —, um den geeignetsten Typ zu entwerfen und dann in Auftrag zu geben. Bezüglich des nötigen Kredites denke ich an die Bayern; unter Umständen könnte man auch den Staat mitheranziehen. Dann würde vielleicht ein Einheits-schlepper herauskommen, der wesentlich billiger ist. Heute kosten die Schlepper alle noch das Doppelte bis Dreifache von dem, was sie eigentlich kosten dürften oder früher gekostet haben.

(Drehfel: Wirtschaftsplan!)

Ich sehe hier ein erstrebenswertes Ziel; denn auf diesem Gebiet könnte praktische Arbeit geleistet werden. Ich gebe das dem Herrn Minister zu bedenken und möchte ihm raten, sich mit seinem Stab zu überlegen, ob wir nicht gerade von Bayern aus den Anstoß dazu geben könnten, praktische Arbeit zu leisten.

Nun zu einem weiteren Punkt, über den wir uns in den Ausschüssen wiederholt unterhalten haben! Ich möchte auf die Verwertung der Abwässer eingehen. Dabei habe ich das Empfinden, daß der Zentner Dünger oder das Pfund Nährstoff, Stickstoff, Phosphor, Kalk oder wie er sonst heißen mag, bei dieser Abwässerverwertung das Fünffache, jedenfalls das Mehrfache kostet, als wenn wir den Dünger selbst erzeugen. Die Herstellung des Kunstdüngers und die Kunstdüngerpreise werden das A und O für die Erzeugung sein. Wenn die Entwicklung der letzten Jahre in der Form weitergeht, daß die Kunstdüngerpreise noch mehr in die Höhe steigen, und wenn der Bauer weiterhin finanziell so knapp gestellt ist, weil ihm die Steuern alles wegnehmen, dann steht der Landwirt eines Tages vor der Frage, wo er sparen kann. Zuerst wird er am Kunstdünger sparen. Mit der Verwendung von Kunstdünger steigt und fällt aber die Erzeugung. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für unsere landwirtschaftliche Erzeugung ist das Vorhandensein von billigem Kunstdünger in ausreichendem Maße.

Weiterhin ist über die Bekämpfung der Landflucht gesprochen worden. Die Gründe zur Landflucht sind sehr verschiedener Art. Ein Hauptgrund für die

(Gehring [CSU])

Landflucht der jungen Leute ist in der Eintönigkeit des Lebens auf dem Land zu suchen. Der Bauernverband ist bereit, für die Landjugend eine Belebung zu bringen. Ich empfehle dem Ministerium die weitestgehende Beachtung dieser Tätigkeit und möchte anregen, durch Abstellung von Referenten und dergleichen mitzuarbeiten. Der Bauernverband beziehungsweise seine Landjugend ist vollkommen unpolitisch. Der Bauernverband will die Landjugend in geeigneter Weise heranzubilden, die Freude am Landleben wieder wecken und vor allem auch auf die schönen und idealen Seiten der Landwirtschaft hinweisen. Die Landwirtschaft ist nicht so tot, wie es aussieht. Wer durch die Schulen gegangen ist, sieht, wie das Wachstum der Pflanzen vor sich geht und wie sich das Tier entwickelt. Solche Beobachtungen und Kenntnisse erfreuen und beleben. Die Landwirtschaft ist also kein eintöniger Beruf, sondern sie macht vom frühen Morgen bis zum späten Abend Freude und bringt vielerlei Abwechslung. Wenn die jungen Leute darauf hingewiesen und belehrt werden, werden wir feststellen, daß die Landflucht wesentlich eingedämmt werden kann. Ich muß allerdings dazu bemerken, daß es leider Gottes nicht möglich ist, daß unsere jungen Leute vom Land alle zu Hause bleiben. Das geht aus dem einfachen Grunde nicht, weil der Bauer immer nur einem den Hof geben kann. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern, vor allem in Unterfranken, sind bereits so klein, daß man sie nicht weiter teilen kann, wenn man den Betrieb nicht schädigen will. Infolgedessen müssen immer einige trachten, auswärts unterzukommen und anderswo eine Existenz zu suchen. Das Ziel ist natürlich dabei immer die Stadt. Von dieser Seite aus ergeben sich große Schwierigkeiten.

Ich muß in diesem Zusammenhang auch eine Bitte an die Oberste Siedlungsbehörde richten. Wir können bei allem, was die Bodenerfassung, die Bodenreform und die Siedlung betrifft, nicht so weit gehen, daß wir zum Beispiel den Kleinbauern, die zwei bis drei Hektar Grundstücke in Pacht haben, dieses Land wegnehmen, um damit zu siedeln. Was hat es für einen Zweck — das gilt vor allem für Unterfranken —, wenn wir den einen oder den anderen Landsuchenden ansiedeln können und dabei vier oder fünf andere Betriebe umwerfen, weil auf zwei bis drei Hektar Land eben nicht zwei Kühe, sondern nur eine Kuh gehalten werden kann! So darf man nicht verfahren. Es gibt Fälle, auf die ich noch besonders verweisen will. Man muß in den einzelnen Orten, vor allem in Franken, auch bodenständig siedeln, das heißt, man muß so siedeln, wie es der jeweiligen Struktur der bäuerlichen Bevölkerung entspricht. Man darf also nicht in einem Dorf, das nur Betriebe von vier bis fünf Hektar kennt, vier Siedlerbetriebe mit je 15 Hektar schaffen. Ein solches Vorgehen ist nicht richtig; die Siedlung muß sich anpassen. Wenn die einheimischen Bauern mit vier bis fünf Hektar auskommen müssen, kann selbstverständlich der Ostflüchtling nicht verlangen, daß er mehr bekommt als der Einheimische. Viel zweckmäßiger wäre es in solchen Fällen gewesen, aus den 60 Hektar verfügbaren Boden vier Siedlungen mit je fünf Hektar zu schaffen und die übrigen 40 Hektar in Form von Anliegersiedlungen an 20 oder 30 Bauern zu geben, die nur ein oder zwei Hektar besitzen. Man hätte dadurch erreicht, daß alle gesund geworden wären.

Eine heute ungeheuer wichtige Frage, die wir auch im Ausschuß des Bayerischen Landtags schon behandelt haben, ist die Durchführung einer durchgreifenden Steuerreform. Eine große Anzahl der bäuerlichen Betriebe krankt in ihrer ganzen Erzeugung an der Geldknappheit. Die Steuern haben die Barmittel weggenommen. Uns helfen weder Kredite oder Subventionen, von denen man in Bonn redet, noch sonstige Unterstützungen. Es muß den Betrieben so viel Geld verbleiben, daß sie arbeiten können. Keineswegs soll eine Steuerreform die Steuerträglichkeit unterstützen. Eine durchgreifende Steuerreform können wir in Bayern nicht durchführen; wir müssen sie immer wieder in Bonn fordern. Durch die Steuerreform muß erreicht werden, daß derjenige die Steuer zahlt, der sie auch tatsächlich leisten kann. Wenn der Kleinbauer, der sowieso nicht viel einnimmt, auch noch das Wenige abführen muß, dann vergeht ihm selbstverständlich jede Lust zu weiterer Arbeit.

Die einzelnen Sonderkulturen, die vor allem in Unterfranken zu verzeichnen sind, hat Herr Kollege Maag ausgezeichnet behandelt. Ich darf auf den Wein hinweisen, für den er ein so wunderbares Loblied gesungen hat und dabei die volle Unterstützung des Hauses fand. Ich schließe mich seinen Ausführungen vollkommen an.

Ich möchte noch kurz auf die Hausbrauer im östlichen Unterfranken zu sprechen kommen. Der Herr Finanzminister Dr. Kraus — er ist leider heute nicht da — hat sich diesen gegenüber bisher sehr hartherzig erwiesen. Die Hausbrauer müßten steuerlich günstiger gestellt werden als die gewerblichen Brauer; denn gerade bei ihnen bildet das Bier einen Teil der Ernährung. Es müßte also unter allen Umständen eine Ermäßigung der Hausbrausteuer durchgeführt werden.

Unser Kollege Bachmann hat vorhin dem Herrn Minister den Dank ausgesprochen und gemeint, man sollte sonst nicht so großzügig im Danken sein, höchstens gegenüber den Ministern und den Staatssekretären. Darum möchte ich also dem Herrn Minister den Dank aussprechen für eine Leistung, die vielleicht von den meisten Abgeordneten gar nicht richtig beachtet wurde. Wir waren zu Beginn des Jahres 1948 in einer furchtbaren Krise. Die meisten haben überhaupt nicht mehr geglaubt, daß die Ernährungslage noch zu meistern wäre. Wochenlang hatten wir keinen Landwirtschaftsminister und wiederholt ist der Landtag vorgestoßen mit der Forderung: Ein Landwirtschaftsminister muß her! Schließlich hat Dr. Schlögl das Amt des Landwirtschaftsministers übernommen und hat sofort einen anderen Kurs in der Erfassung gesteuert. Für die meisten ist das vielleicht gar nicht in Erscheinung getreten. Er hat mit der autokratischen Erfassung, mit den Anwesenprüfungen Schluß gemacht, er hat die Erfassung demokratisiert, hat einen Ernährungsbeirat mit den nötigen Unterausschüssen geschaffen, wie ich das übrigens in meinem Ernährungsamt schon vorher gemacht hatte; er hat Beschwerdeausschüsse eingesetzt und hat die Erfassung hinausverlegt auf die Dörfer, in die Hände der Bürgermeister, der Landräte und Regierungspräsidenten. Den Erfolg haben wir ja gesehen. Sicher war der Erfolg nicht hundertprozentig, aber nur ein kleiner Prozentsatz der Landwirtschaft ist nicht mitgegangen. Dieser Prozentsatz war durch die lange Zwangswirtschaft, wie wir sagen dürfen, schon so verdorben, daß er nicht mehr

(Gehring [CSU])

reagierte. Durch die vom Herrn Minister angeordneten Maßnahmen kam aber die allseits begrüßte Befriedung in die Erfassung, und er hat es fertig gebracht, daß wir dadurch über die schwierige Zeit des Jahres 1948 hinweggekommen sind. Das ist sein Verdienst, und Bauernstand und Volk haben ihm dafür zu danken. Von den meisten ist das gar nicht beachtet worden, aber wir, die wir in den Ernährungsämtern standen, konnten feststellen, wie der Widerwille und die Opposition der Bauern gegen die Erfassung immer mehr schwand.

Und einen weiteren Dank verdient der Herr Minister noch! Es ist von verschiedenen Redner getadelt worden, daß sich in den Ämtern immer noch manche Persönlichkeiten befinden, die eigentlich nicht dorthin gehören. Wenn ich an die Jahre 1946/47 zurückdenke, so glaube ich, daß gerade wir Abgeordnete das Empfinden gehabt haben, daß wir im Landwirtschaftsministerium auf den kältesten Geist und die eisigste Ablehnung bei den einzelnen Referenten gestoßen sind. Ich will das nicht auf Herrn Dr. Baumgartner beziehen, aber die Umstellung auf eine demokratische Gesinnung wollte im Landwirtschaftsministerium gar nicht vorwärtsgehen. Einzelne Kreise haben dort versucht, Schüsse auf lästige Männer abzugeben, die diesen Kreisen nicht gepaßt haben. Der Herr Minister weiß selbst, wie er einmal angeschossen wurde wegen der Freifinger Kartoffelgeschichte. Auch Herr Lückner vom Bauernverband, einer der tüchtigsten Beamten, wurde genau so angeschossen. Mir selbst ist in ausgiebigster Weise das gleiche passiert. Man versuchte einfach, die lästigen Mahner zu beseitigen. Allmählich ist es dem Minister gelungen, einen anderen Geist in das Landwirtschaftsministerium hineinzubringen. Eine hundertprozentige Umstellung ist allerdings noch immer nicht erfolgt, und es sind immer noch Kreise vorhanden, die an den Gewohnheiten des früheren Reichsnährstandes festhalten wollen. Dabei ist gar nicht gesagt, daß das etwa Beamte sind, die schon seinerzeit dort tätig waren. Es sind manche darunter, die erst 1945 hinzugekommen sind, aber diesen Geist mitgebracht haben, auch wenn sie nicht Parteimitglieder waren. Gerade solche Leute haben oft eine schärfere nationalsozialistische Einstellung als ehemalige Parteimitglieder. Dem Herrn Minister ist es, wie gesagt, gelungen, allmählich ein besseres Niveau zu schaffen, und ich glaube, Sie alle, meine Damen und Herren, werden mit mir einig gehen, wenn ich sage, der Abgeordnete findet im Landwirtschaftsministerium heute doch eine ganz andere Anerkennung als seinerzeit. Auch für diese Tätigkeit dürfen wir dem Herrn Landwirtschaftsminister unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei der CSU.)

II. **Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Witzlinger.

Witzlinger (CSU): Verehrte Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Ich kann mich ganz kurz fassen. Der Herr Minister hat uns gestern in sachlichen und schönen Worten Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft erläutert und verschiedene meiner Kollegen haben dazu bereits Stellung genommen.

Ich möchte vor allem die Ausführungen meines Kollegen Maag unterstreichen, der in Bezug auf die

Forstwirtschaft mit Recht betont hat: Wenn wir nicht nachpflanzen, dann haben unsere Kinder nichts zu ernten.

Verehrte Anwesende! Wenn unsere Väter früher keinen Obstbaum gepflanzt hätten, dann könnten wir heute keinen Apfel pflücken. Darum ist es meine Pflicht, die Forderung, die mein Herr Kollege gestellt hat, zu unterstreichen. Weiterhin hebe ich die schönen Worte über die Geflügelzucht hervor; denn unsere Bäuerinnen müssen fortschrittlicher werden. Außerdem habe ich noch besonders auf die Ausführungen hinzuweisen, die der Herr Kollege Maag in Bezug auf unsere häuerliche Schulung und ganz besonders auf die Frauenschulung gemacht hat. Nur durch die Schulung wird es gelingen, auch wieder Bäuerinnen in unsere Bauernhäuser zu bekommen. Die Bauerntöchter werden dann Freude an der Landwirtschaft finden, und es werden dann die Inserate verstummen, die man heute in den Zeitungen lesen kann:

Bauerntochter mit 10000 DM Vermögen, schöner Aussteuer, wünscht sich zu verheiraten, am liebsten Beamter, auch Witwer mit Kind nicht ausgeschlossen. (Heiterkeit.)

Solche Anzeigen bedauere ich tief. Wir müssen es wieder so weit bringen, daß unsere Bauernsöhne und Bauerntöchter an unseren Betrieben, an der Scholle Interesse haben. Wenn unsere Bauernsöhne und -töchter in die Städte abwandern, können wir nicht verlangen, daß unsere Proletarier ihre Kinder uns Bauern zur Arbeit geben. Wir müssen es so weit bringen, daß auch diese das gleiche Interesse an der Erhaltung der Scholle haben.

(Sehr richtig!)

Ich begrüße besonders die Forderungen, die mein Kollege Maag vorgebracht hat. Sie haben bereits gesehen, daß unsere Bauern aus dem ganzen Bayernland auf dem Zentrallandwirtschaftsfest, dem Oktoberfest, ihr Können gezeigt haben. Wer dieses Zentrallandwirtschaftsfest besucht hat, mußte feststellen, daß sich nach den schweren Jahren, die wir hinter uns haben, ein großer Fortschritt zeigt. Selbstverständlich verdanken wir diese Leistungssteigerung besonders unseren Herren von den Tierzuchtämtern, die ihr bestes Können zu dem Erfolg beigetragen haben.

Ich muß auch die Worte meines Freundes und Kollegen Weinzierl unterstreichen, die dieser über die Motorisierung der Landwirtschaft vorgebracht hat. Aber, meine lieben Freunde, ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Motorisierung uns nicht den Ausfall an landwirtschaftlichen Arbeitskräften voll ersetzen kann. Ich muß es fast als eine Seuche bezeichnen, daß heute überall Bulldogs gekauft werden und dadurch unsere schöne bayerische Pferdezeit verdrängt wird. Diese Frage hat der Minister bereits gestern angeschnitten. Sie werden auch beim Zentrallandwirtschaftsfest gesehen haben, wie schneidig unsere Bauernsöhne aus dem Rottal aufgefahren sind. Ich bedauere es tief, meine lieben Freunde, daß viele unserer jungen Burschen heute nicht mehr zu den Pferden, sondern nur zu den Bulldogs gehen. Viele von uns, besonders aber wir vom Landwirtschaftsausschuß, die wir geladen waren, haben diese schönen Gespanne aus der fränkischen Kinderzucht und aus dem Rottal gesehen und jeder war über diesen Fortschritt erfreut. Ich möchte Ihnen allen danken für die große Arbeit, die Sie damals geleistet haben.

(Wiglinger [CSU])

Ich will mich kurz fassen und bitte Sie alle, auch die Vertreter der Verbraucherseite, dem Etat Ihre Zustimmung zu geben. Wir von der Landwirtschaft, meine lieben Freunde, wissen, daß dann, wenn der Bauer über Einnahmen verfügt, auch das Gewerbe und die Arbeiter einen Vorteil davon haben; denn dann wird der Spruch unserer Väter wieder wahr werden: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt!

(Allgemeiner Beifall.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Scharf.

Scharf (SPB): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushaltsplan hebt sich vorteilhaft von seinen Vorgängern ab. Mehr als je ist die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung berücksichtigt. Nun haben wir heute wiederholt aus den Reden der verschiedenen Referenten gehört, daß nicht allein die Verbesserung der Technik in der Landwirtschaft die Erzeugung oder die Förderung der Erzeugung garantieren kann, sondern daß dazu vor allem auch der Anreiz notwendig ist, der durch entsprechende Entlohnung der Arbeit gewährleistet wird. Hier ist ein wunder Punkt hinsichtlich der Preispolitik, der Agrarpolitik. Es hätte uns bestimmt gefreut, wenn wir aus den Ausführungen des Herrn Staatsministers auch seine Gedankengänge und seine Pläne in Hinsicht auf die Besserung der Verhältnisse auf diesem Gebiete hätten hören können. Es ist Ihnen ja nicht unbekannt, daß in einem großen Teil unserer Bauernschaft eine große Beunruhigung gerade wegen der Unsicherheit der Rendite in der Landwirtschaft besteht. Die Verbitte- rung über die außerordentliche Belastung, die heute schon wiederholt gestreift worden ist, hat zu der Meinung geführt, daß die Vertretung der agrarpolitischen Interessen in unserem Parlament doch zu schwach sei. Wenn ich richtig unterrichtet bin, hat das auch dazu geführt, daß man heute schon wieder daran ist, zum Beispiel in Niederbayern, sogenannte Standesparteien ähnlich dem früheren Bauernbund ins Leben zu rufen; ähnliche Bestrebungen sollen auch in Unterfranken bereits vorhanden sein. Ich glaube, man könnte diesen Dingen dadurch Einhalt tun, daß man wirklich eine gesetzliche Berufsvertretung für die Landwirtschaft schafft, die die sämtlichen Kreise und sämtlichen Gruppen der Landwirtschaft einschließt. Der heutige Bauernverband, der ja nur 25 Prozent des gesamten Bauernstandes als Mitglieder aufweist, wird eben scheinbar von der großen Masse der Landwirtschaft doch nicht als die gegebene und rechtmäßige Berufsvertretung aufgefaßt. Wir müssen und werden das Zweckmäßigste tun, wenn wir auf das bewährte System der früheren Bauernkammer zurückgreifen, die bestimmt eine der demokratischsten Einrichtungen war, die je in der Landwirtschaft existiert haben, gleichgültig ob das jetzt nach amerikanischem Geschmack ist oder nicht.

Meine verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen es außerordentlich, daß der Herr Staatsminister das landwirtschaftliche Fachschulwesen in einer Weise unterstützt, wie das bis jetzt in Bayern eigentlich noch nie der Fall war, und wir unterstreichen die ausgegebene Devise: Jedem Landkreis seine Landwirtschaftsschule! Wir sehen aber im Etat keine Position, keinen Titel, der die Beihilfen für die neu zu bildenden

Landwirtschaftsschulen ausweist. Es würde uns deshalb besonders interessieren, woher die Mittel für die Errichtung oder die Förderung der Errichtung von neuen Landwirtschaftsschulen eigentlich fließen und ob — wenn solche Zusagen von irgendwelcher Seite vorliegen — bis heute überhaupt schon Gelder eingelaufen sind. Wir bitten aber dringend, zu berücksichtigen, daß bei der Neueinrichtung von Landwirtschaftsschulen planmäßig vorgegangen werden muß, planmäßig in der Weise, daß, sofern eben tatsächlich Mittel zur Verfügung stehen, in erster Linie bereits bestehende, gut eingeführte Landwirtschaftsschulen, die in der Kriegs- oder Nachkriegszeit devastiert wurden, wieder auf einen neuzeitlichen Stand gebracht, und daß die Mittel, die dann übrigbleiben, für den Bau und die Errichtung von neuen Landwirtschaftsschulen verwendet werden. Dabei möchten wir aber besonderen Wert darauf legen, daß diese neu zu errichtenden Schulen nicht gerade dorthin kommen, wo ein besonders tüchtiger Abgeordneter sich darum bemüht, sondern dorthin, wo wir in unserem Lande die ausgesprochenen Notstandsgebiete verzeichnen müssen.

Wir begrüßen es ferner, daß die außerordentlich verantwortungsvolle und umfangreiche Tätigkeit unserer Wirtschaftsberaterinnen oder Wirtschaftslehrerinnen durch die Genehmigung von 6 Referentinnenstellen bei den Regierungen und von 6 Oberlehrerinnenstellen endlich einmal die Anerkennung gefunden hat, die ihr schon lange gebührt.

Am Rande sei es, meine Damen und Herren, auch gestattet, kurz auf die Frage der Berufsschule, die heute auch wiederholt gestreift wurde, zurückzukommen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als bestünde eine gewisse irrtümliche Auffassung über den Zweck und Sinn der Berufsschule. Die Berufsschule soll und kann nur die Zubringerschule für die eigentliche Fachschule, für die eigentliche Fachausbildung sein, und deshalb muß sie als Ziel beinhalten, daß der werdende Landwirt den Sinn der manuellen Verrichtung, die er im landwirtschaftlichen Betrieb ausführt, verstehen, kennen und mitdenken lernt. Es ist notwendig, daß er weiß, aus welchen Gesteinen zum Beispiel der Boden entstanden ist, den er in seiner Heimat bearbeitet. Es wäre aber überflüssig, wenn man ihm in der Berufsschule beibringen wollte, welche chemischen Vorgänge dabei mitspielen; das ist Sache der Fachschule. Dabei handelt es sich selbstverständlich nur um ein Beispiel. Wenn man die Dinge so sieht, dann kann man dem Berufsschullehrer nicht zumuten, ein ausgesprochener Landwirtschaftslehrer sein zu müssen. Ich bin im Gegenteil der Ansicht: Er muß in erster Linie ein guter Volksschullehrer sein.

(Weiglein: Das ist schon längst als verkehrt erkannt!)

— Mein lieber Kollege, die eigene Praxis hat mich gelehrt, daß wir an unseren Landwirtschaftsschulen einen großen Prozentsatz von Leuten hatten, die sich im Lesen und im Rechnen außerordentlich schwer getan haben, und daß es sogar Bayern gab, die ihren Sohn dann in die Fachschule geschickt haben, weil sie glaubten, dort würde er in diesen Disziplinen erst noch richtig unterrichtet. Hier muß der Schwerpunkt auch der Berufsschule liegen.

(Weiglein: Das soll er doch in der Volksschule lernen!)

— Er sollte es lernen; aber leider ist das im allgemeinen nicht immer der Fall.

(Scharf [SPB])

(Weiglein: Dann fehlt es aber bei den Volksschullehrern!)

Mit anderen Worten: Das Schwergewicht in der Berufsschule darf nicht allzusehr auf der landwirtschaftlichen Ausbildung liegen, sondern nebenbei und in der Hauptsache sollten hier auch die Elementarfächer die ihnen gebührende Berücksichtigung finden. Das steht auch in Verbindung mit dem Fachunterricht, in dem man im landwirtschaftlichen Rechnen Beispiele und Berechnungen gibt, die in die landwirtschaftliche Praxis fallen.

Nun noch ein kurzes Wort zur Beratung! Hier hat der Herr Kollege Gehring das Richtige getroffen, indem er sagte, es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, wenn man die Mittel, die man bis heute für die Einrichtung des sogenannten Erweiterten Beratungsdienstes ausgegeben hat, zur Ausgestaltung unseres bestehenden staatlichen Beratungsdienstes verwendet hätte. Haben wir denn überhaupt keinen Beratungsdienst gehabt? Jawohl, wir haben ihn ja schon seit mehr als 50 Jahren, und zwar in einer Form, die den bei uns bestehenden klein- und mittelbäuerlichen Verhältnissen angepaßt ist. Leider Gottes haben die Amerikaner, als sie die Verwaltung bei uns übernahmen, nicht entdecken können, daß wir einen landwirtschaftlichen Beratungsdienst hatten, und sie haben geglaubt, uns etwas besonders Gutes zu tun, indem sie die Form der Beratung, die man in Amerika hat, auch bei uns einführen wollten. Wir wissen, daß zwischen dem amerikanischen Farmer und unserem deutschen Bauern doch ein wesentlicher Unterschied besteht. Der amerikanische Farmer ist eigentlich mehr ein Kaufmann oder ein Industrieller,

(Weiglein: Sehr richtig!)

der auf seiner Farm ja meistens nur eine einseitige Kultur betreibt; wenn es ihm nicht mehr gefällt oder die Sache nicht mehr floriert, verkauft er seine Klitsche und fängt ein anderes Geschäft an, sei es als Kaufmann, als Handwerker oder irgend etwas anderes. Dagegen ist unser Bauer ja das bodenständige Element, der mit Grund und Boden verwachsen ist und mit Leib und Seele an seinem Boden hängt. Diese beiden kann man nicht in Vergleich setzen und auch die Beratung muß eben der Mentalität und den örtlichen Verhältnissen angepaßt sein. Das war bei unserem schon seit mehr als 50 Jahren bestehenden staatlichen Beratungsdienst der Fall.

Ich möchte absolut kein Urteil über den Wert dieser neuen Form des Erweiterten Beratungsdienstes abgeben. Es wird sich noch zu erweisen haben, inwieweit er wirklich einen Erfolg erreicht oder nicht.

Nun zur allgemeinen Förderung der Landwirtschaft! Hinsichtlich der Mittel, die in unserem Haushaltsplan genehmigt sind, möchte ich denn doch sagen, daß ich hier das harmonische Verhältnis der aufgewandten Mittel zwischen dem Ackerbau und der Tierzucht vermissen, wie das auch bereits durch die Ausführungen meines Kollegen Gehring zum Ausdruck gekommen ist. Der Mensch, das Tier und die Pflanze sind ja Produkte des Bodens, deshalb muß im Vordergrund jeder landwirtschaftlichen Förderung der Boden stehen. Unsere größte Sorge ist zur Zeit, wie wir den mißhandelten Boden, der zwangsläufig während der Kriegszeit und zum Teil in der Nachkriegs-

zeit durch den Mangel an Düngemitteln, durch den Mangel an Geräten usw. mißbraucht wurde, wieder einigermaßen in einen geordneten Zustand versetzen und damit die Bodengesundheit wiederherstellen können.

Hier tauchen verschiedene Probleme auf, so die Probleme des Humushaushalts, des Nährstoffmangels unserer Böden usw., alles Probleme, die bereits in Arbeit genommen wurden oder demnächst aufgegriffen werden müssen, ebenso wie auch die Frage des biotechnischen Ackerbaues. Wir hätten es begrüßt, wenn man uns zur Unterstützung gerade dieser Forschungsarbeiten auch entsprechende Mittel zur Verfügung hätte stellen können.

Ich erinnere Sie ferner daran, daß die Versorgung mit Saatkartoffeln bis vor dem Zusammenbruch in der Hauptsache aus ostdeutschen Gebieten gewährleistet wurde. Durch die neue Entwicklung hat sich nun der Saatkartoffelanbau in der Hauptsache nach Süddeutschland verlagert. Wir können gar nicht anders, als daß wir die Probleme, die hier hereinspielen, wie gesunde Saatguterzeugung und vor allem die Abbaukrankheiten, weiter zu erforschen und ihnen zu begegnen suchen, daß wir diese Arbeit hier in Bayern mit aller Energie aufnehmen. Und sehen Sie, es wäre sehr erfreulich gewesen, wenn auch für diesen Zweck Mittel bereitgestellt worden wären. Die Bedeutung der Kartoffel als Nahrungsmittel kann nicht überschätzt werden; wir wissen es ja, wir haben nicht immer glänzende Zeiten; es können auch wieder Tage kommen, wo eventuell die Kartoffel tatsächlich wieder die Grundnahrung unseres Volkes wird.

Nun sehe ich in der bisherigen Mittelbeanspruchung, namentlich in der allzu reichlichen Berücksichtigung der Belange der Tierzucht, einen Organisationsfehler, der eigentlich schon auf mehr als 80 Jahre zurückgeht. Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die Tierzucht hinsichtlich ihres züchterischen Bestrebens der Bodenkultur immer vorausgeeilt ist. Man kann das an einem einfachen Beispiel erklären. Wir haben in der Oberpfalz einen Landschlag gehabt, der sich durch große Genügsamkeit, als gutes Arbeitstier mit harter Klaue wie auch als ein Milchlieferant von vorzüglicher Güte auszeichnet hat, die sogenannten Kelheimer Blessen. Als man das Simmentaler oder das Scheckvieh, wie es heute heißt, in Bayern allmählich verbreitete, ist systematisch von der staatlichen Tierzucht aus diese neue Rasse auch in der Oberpfalz eingeführt worden, ohne zu berücksichtigen, daß diese neue Rasse ganz andere Futteransprüche stellt, als der ursprüngliche bodenständige Schlag. Wir haben heute noch das Übel, daß der Futterbau nicht Schritt gehalten hat mit den Ansprüchen der neuen Züchtung. So haben wir in einem großen Teil unserer Stallungen viel zu viel Schwänze, die man nicht als Vieh bezeichnen kann, weil sie unzureichend, im Winter zum Teil mit Stroh, ernährt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß in solchen Gebieten auch eine neue Tierzuchtinspektion zunächst nicht viel anfangen kann, ehe nicht der Futtermittelbau in die richtigen Bahnen gelenkt und nicht dafür gesorgt wird, daß durch Meliorationen nasse Wiesen in einen brauchbaren Zustand versetzt werden, und bevor nicht auch der Kraftfutterbau entsprechend eingeschaltet wird.

(Scharf [FPB])

Sehen Sie, das sind nicht züchterische Fragen, sondern das sind betriebswirtschaftliche Fragen. Deshalb ist die Tierzucht nicht als ein Sonderbestandteil für sich, sondern als ein Bestandteil des Betriebsganzen zu betrachten, und das sollte auch in der Verwaltung und in der Förderung der Landwirtschaft mit zum Ausdruck kommen. Auf die Dauer ist es nicht vorteilhaft, wenn in einem Landstädtchen das Landwirtschaftsamt in der einen Straße und das Tierzuchtamt in einer anderen Straße untergebracht sind. Die beiden gehören zusammen. Auch das Pflanzenschutzamt gehört dazu. Oben und unten muß eine zentrale Zusammenfassung bestehen, die es bis heute noch nicht gegeben hat. Die Natur des landwirtschaftlichen Betriebes erfordert eben eine Berücksichtigung der Gesamtbelange des Betriebs und nicht eine besondere Betrachtung der einzelnen Teile. Wenn diesen Bedürfnissen Rechnung getragen wird, wenn vor allen Dingen ein sinnvoller Einsatz der vom Landtag genehmigten Mittel zur Förderung der Landwirtschaft erfolgt, und wenn nicht zuletzt die Agrarpolitik die dringenden Bedürfnisse hinsichtlich der Preisgestaltung mitberücksichtigt, dann, meine Damen und Herren, bin ich überzeugt, daß die Voraussetzungen geschaffen sind, die unsere Erzeugung zum Nutzen unserer Landwirtschaft und zum Wohl unseres gesamten Volkes vorwärtsbringen.

(Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Ich habe dem Haus folgende Mitteilung zu machen:

Die Beerdigung des Arbeitsministers a. D. Albert Kofhaupter findet am Samstag um 9 Uhr in Dilling statt.

Die voraussichtliche Tagesordnung für morgen vormittag 9 Uhr lautet:

1. Antrag der Staatsregierung, den § 3 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1949 vorweg in Kraft zu setzen.
2. Rest der Tagesordnung von heute.
3. Antrag auf Änderung des Aufwandsentschädigungsgesetzes.
4. Antrag Stock und in Verbindung damit Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten betreffend Entlassungsgelder der Heimkehrer.

Ich schlage dem Hause nun vor, die Sitzung zu unterbrechen. Heute nachmittag tagt der Ausschuß für den Staatshaushalt, so daß die heutige Nachmittags-sitzung ausfällt. Die nächste Sitzung beginnt morgen früh um 9 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr, 18 Minuten.)

